©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ULRICH ENDERS

INTEGRATION ODER KOOPERATION?

Ludwig Erhard und Franz Etzel im Streit über die Politik der europäischen Zusammenarbeit 1954–1956

Am 6. November 1956 hatten sich Bundeskanzler Adenauer und der französische Ministerpräsident Mollet in Paris über die noch offenen Fragen hinsichtlich des geplanten Gemeinsamen Marktes in Europa und der europäischen Atomgemeinschaft einigen können. Die Verständigung führte aus der ernsthaften Krise heraus, in die die Brüsseler Verhandlungen nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz im Oktober 1956 geraten waren, und ebnete, bei allen noch bestehenden Schwierigkeiten, den Weg zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den sechs Staaten, die 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bildeten. Der in Paris gefundene Kompromiß beendete gleichzeitig eine innerhalb der Bundesregierung kontrovers geführte Diskussion über die grundsätzliche Richtung der europäischen Einigung, deren gegensätzliche Positionen durch den Vizepräsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Franz Etzel, und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard verkörpert wurden. Von ihrem Amt, ihrer politischen Funktion und ihrer persönlichen Erfahrung her fühlten sich beide dazu bestimmt, die „relance européenne" nach dem Scheitern der EVG 1954 in eine Richtung zu lenken, die jeder für sich aus tiefster Überzeugung als einzig gangbaren Weg zur europäischen Integration betrachtete. Die engagierte, aber trotz aller sachlichen Differenzen von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Kontroverse war streckenweise überlagert von dem tieferliegenden und vielschichtigen persönlichen Gegensatz zwischen Erhard und Adenauer, der sich 1956 auch an der Europapolitik entzündete[1].

Das Engagement Etzels in der Europapolitik und insbesondere seine Auseinandersetzung mit Erhard lassen die Konturen dieses von der Geschichtswissenschaft etwas stiefmütterlich behandelten Politikers deutlicher als bisher hervortreten und manche personalpolitische Entscheidung Adenauers verständlicher erscheinen[2]. Adenauer hatte Etzel schon in den Anfangsjahren der CDU als Leiter des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises schätzen gelernt und ihn als „besonders gewissenhaften und vorsichtigen Mann" beurteilt,

[1] Vgl. dazu Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, hier S. 128–146.

[2] Zum Defizit in der historischen Bewertung Etzels vgl. Yorck Dietrich, Franz Etzel als Finanzpolitiker, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 173–187, hier S. 173 f. – Zur Beurteilung der Person Etzels und seiner Rolle in der Europapolitik vgl. ferner Hans von der Groeben, Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert, Baden-Baden 1995, S. 266 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„dessen Urteil man unbedingt Glauben schenken kann"[3]. Er hatte Etzels Ernennung zum Vizepräsidenten der Hohen Behörde der Montanunion selbst mit gefördert[4] und in der kritischen Phase des Jahres 1956 versucht, ihn als Leiter des Kabinettsausschusses für Wirtschaft in seine Nähe zu holen[5]. Etzels Agieren in der Europakontroverse beeinflußte sicherlich die – letztlich am Widerstand des Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes gescheiterten – Pläne zur Schaffung eines Europaministeriums[6], und es bewog Adenauer vermutlich auch, Etzel 1957 als Finanzminister in das Kabinett zu holen oder ihn 1959 als seinen Nachfolger ins Gespräch zu bringen[7].

I.

Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bedeutete für die politischen Kräfte, die von der Notwendigkeit einer europäischen Einigung überzeugt waren, einen schweren Rückschlag. Sie hielten es daher gerade in dieser Situation für dringend erforderlich, durch neue europapolitische Impulse die Resignation zu überwinden und durch eine Politik der kleinen Schritte zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Aber auch politische und wirtschaftliche Gründe drängten zu einer engeren Zusammenarbeit in Europa. Die Verträge von Paris und London, die die Bundesrepublik militärisch in ein atlantisches und westeuropäisches Bündnissystem einbanden, hatten das Defizit eines europäischen Zusammenschlusses auf politischer Ebene deutlich hervortreten lassen. Auch die Bestrebungen von Unternehmerkreisen zu einer verstärkten über- und zwischenstaatlichen Zusammenarbeit konnten von den Regierungen nicht ignoriert werden[8].

In dieser Situation war es nur naheliegend, daß gerade von der Hohen Behörde der Montanunion ein neuer Versuch ausging, das in den Einzelstaaten vorhandene Einigungsinteresse zu einer neuen erfolgversprechenden Initiative zu bündeln. Ausgangspunkt der Überlegungen zu weiterer Integration bildete die in der Montanunion verwirklichte sektorale Integration von Kohle und Stahl, die in sich selbst schon die Tendenz zu einer Erweiterung zunächst auf die übrigen Energiebereiche trug. In einer Ansprache vor der Mitgliederversammlung der Edelstahlvereinigung am 12. Oktober 1954 griff Etzel auf die Erfahrungen der Hohen Behörde zurück und forderte, die Konstruktion der Montangemeinschaft den Überlegungen für eine weitere europäische Integration als Modell zu-

---

[3] Schreiben Adenauers vom 22.4. 1948, in: Konrad Adenauer, Briefe 1947–1949, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1984, S. 218.

[4] Vgl. Hans Booms (Hrsg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5 (1952), bearb. von Kai von Jena, Boppard 1989, S. 399 und 449.

[5] Schreiben Adenauers an Etzel vom 30.6. 1956, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), Nachlaß Franz Etzel (künftig: N 1254), Bd. 84.

[6] Dazu BAK, N 1254, Bd. 258, dort auch Pläne Etzels über Struktur und Kompetenzen des neuen Ministeriums.

[7] Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 359–361, 515 und 518f., sowie Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 162–168 und S. 280–286.

[8] So hatten der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Conseil National du Patronat Français in einem Protokoll vom 22.11. 1954 eine wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart, die bei Ausschaltung jeder staatlichen Lenkung auf die Schaffung neuer Organisationen ganz bewußt verzichtete. Erhard wie Etzel hatten in allerdings unterschiedlicher Schärfe eine sich auf die Ebene der Wirtschaftsunternehmen beschränkende Zusammenarbeit kritisiert. Protokoll vom 22.11. 1954, Schreiben Etzels vom 3.11. und Erhards vom 13.11. 1954, in: BAK, B 102/16175, H 1.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grunde zu legen. Nachdem er die Verträge von Paris und London, die den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zur WEU regelten, als Pakte europäischer Verständigung und Zusammenarbeit ohne supranationale Institutionen bezeichnet hatte, fuhr er fort: „Es gibt außer der militärischen Zusammenarbeit Aufgaben genug, die integriert besser geleistet werden können als in nationaler Sonderentwicklung. Als ein Hinweis unter vielen Möglichkeiten, die sich für den Weg weiterer wirtschaftlicher Integration abzeichnen, mag gesagt werden, daß unsere augenblicklichen Arbeiten an einer Kohlepolitik der Gemeinschaft uns zu der Erkenntnis geführt haben, daß wir angesichts von Erdöl und Erdgas und der am Horizont erscheinenden Atomenergie eine Kohlepolitik allein überhaupt nicht mehr führen können ohne eine allgemeine Energiepolitik. Was wäre natürlicher, als hier einen zwar kleinen, aber logischen Schritt integrierender Entwicklung durch Ausdehnung des Schumanplans auf alle Energiequellen zu machen."[9]

Eine Politik der kleinen Schritte, aufbauend auf den praktischen Erfahrungen der Montanunion, das erschien Etzel als pragmatische Lösung auf dem Weg zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Seine Erfahrungen hatten Etzel auch davon überzeugt, daß ein engerer Zusammenschluß Europas nur mit Hilfe supranationaler Institutionen mit Entscheidungskompetenz erreicht werden könne. Er schrieb am 17. Dezember 1956 an den Bundestagsabgeordneten Martin Blank, als es darum ging, den Gedanken der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Öffentlichkeit näher zu bringen: „Aber ich glaube, man sollte gerade auch im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Gemeinsamen Markt und mit der zukünftigen europäischen Entwicklung doch der Öffentlichkeit immer wieder sagen, daß man nicht weiterkommt, wenn man darauf hofft, daß die Regierungen der einzelnen Staaten sich in gemeinsamen Sitzungen über die entscheidende Frage einigen werden. Die große Erfahrung in der Montanunion, gerade im Vergleich zwischen der Tätigkeit der Hohen Behörde und der des Ministerrates, ist doch die, daß ein Fortschritt möglich war, weil bei der Hohen Behörde mit Mehrheitsbeschluß eine Entscheidung getroffen werden konnte, während man sich beim Ministerrat doch laufend in den wichtigen Fragen festfährt, weil jeder Regierung letzten Endes ihre eigenen Interessen näher liegen als die der Gesamtheit. Auch für die Zukunft des Allgemeinen Gemeinsamen Marktes wird es entscheidend sein, daß irgendeine Institution letzten Endes Entscheidungen treffen kann."[10] Etzel wie Monnet war freilich auch klar, daß sie als Repräsentanten der Hohen Behörde schwerlich eine eigene erfolgversprechende Initiative starten konnten, ein Anstoß vielmehr von Seiten der parlamentarischen Vertreter oder der Länderregierungen kommen mußte[11]. Einen ersten Erfolg konnten sie verbuchen, als die Gemeinsame Versammlung der EGKS am 2. Dezember 1954 eine Erweiterung der Kompetenzen der EGKS auf der Grundlage des Berichtes von P. H. Teitgen befürwortete[12]. Etzel konnte daher befriedigt feststellen: „Der in Straßburg so deutlich zum Ausdruck gekommene Wille, den Weg der Integration auf supranationaler Ebene fortzusetzen und nicht von ihm abzulassen, der Glaube der Völker Europas und besonders ihrer Jugend an die Verei-

[9] Text in: Politisches Archiv des Auswärtiges Amts, Bonn (künftig: PA AA), B 13, Bd. 87.

[10] Schreiben in: BAK, N 1254, Bd. 78.

[11] Zu den Impulsen, die Ende 1954 von Etzel und Monnet ausgingen, vgl. Pierre Gerbet, La „relance" européenne jusqu'à la conference de Messine, in: Enrico Serra (Hrsg.), Il rilancio dell'Europa e i Trattati di Roma, Mailand 1989, S. 61–91.

[12] Zum Teitgen-Bericht und der Beschlußresolution vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (künftig: Bulletin) vom 8. 12. 1954, S. 2114 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nigten Staaten von Europa – das ist für uns Ermutigung und Verpflichtung, unbeirrbar an dem Werk Europa weiterzubauen."[13]

Monnet selbst war fest entschlossen, den Gedanken der europäischen Integration weiter voranzutreiben. Am 9. November erklärte er, daß er nach Ablauf seines Mandates am 10. Februar 1955 nicht mehr als Präsident der Hohen Behörde zur Verfügung stehen werde. Er begründete diesen Schritt damit, die volle Handlungsfreiheit erhalten zu wollen, um sich ganz für das europäische Einigungswerk einsetzen zu können[14]. Monnet faßte im Frühjahr 1955 seine Gedanken in einem „Aktionsprogramm für die Vereinigten Staaten von Europa" zusammen. Darin schlug er eine Zusammenarbeit der Gemeinschaft im gesamten Energiebereich, auf dem Verkehrssektor und auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie sowie die Schaffung eines gemeinschaftlichen Anpassungsfonds vor. Die Zuständigkeit der Hohen Behörde sollte auf den Energiesektor erweitert werden, während für die Bereiche Verkehr und Atomenergie neue gemeinschaftliche Organe geschaffen werden sollten[15]

Dieser Plan wurde von den Außenministern der Beneluxstaaten grundsätzlich positiv aufgenommen, wenn auch die sektorale Lösung als verbraucherfeindlich und produktivitätshemmend kritisiert wurde. Der Vorschlag Monnets führte zu einer Neuformulierung des Beyen-Planes von 1953[16], der von einer Zollunion ausgehend eine fortschreitende Verwirklichung eines Gemeinsamen Marktes und die Errichtung supranationaler gemeinschaftlicher Organisationen vorsah. Aus diesen Überlegungen ging das Memorandum der Benelux-Staaten zur Fortführung der Integration als „Kind Monnets" hervor[17], das die Grundlage der Verhandlungen der sechs Staaten der Montanunion zur Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden sollte[18].

Ganz andere Schlußfolgerungen aus dem Scheitern der EVG hatte dagegen Erhard gezogen. Er schrieb am 22. September 1954 in einem längeren Artikel über die Londoner Konvertierbarkeitsgespräche: „Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist an dem französischen Widerstand gescheitert, der Begriff Integration steht allenthalben nicht mehr allzu hoch im Kurs. [...]. Ich habe erklärt, daß bei den nationalen Empfindlichkeiten der europäischen Staaten und einer gewiß falsch verstandenen Vorstellung von Souveränität jede Instanz problematisch erscheint, die die eigene nationale Entscheidungsfreiheit einschränkt, und daß es darum darauf ankäme, Prinzipien zu setzen, die aus dem Ordnungssystem heraus einen sozusagen anonymen Zwang auf das Verhalten der Nationalstaaten ausüben. Ich war immer der Meinung, daß die europäische Integration weniger auf der Institution als auf der Funktion beruhen müsse. Hier aber bietet gerade der schon

---

[13] Bulletin vom 10. 12. 1954, S. 2143.

[14] Bulletin vom 4. 12. 1954, S. 2099.

[15] Aktionsprogramm vom 14. 4. 1955, in: PA AA, B 10, Bd. 900; Abschrift (o. D.), in: BAK, B 146/1845.

[16] Memorandum vom 5. 5. 1953, in: BAK, B 145/1844. Bereits bei der Erörterung des Beyen-Plans hatte sich Erhard für eine horizontale Integration und gegen institutionelle Lösungen ausgesprochen. Vgl. dazu Peter Fischer, Das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 279–299, hier S. 285.

[17] Gerbet, Relance européenne, S. 81.

[18] Zu den Verhandlungen, auf die hier nicht weiter eingegangen wird, vgl. Hanns Jürgen Küsters, Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erreichte Zustand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit [Erhard nannte in diesem Zusammenhang die OEEC, die EZU und das GATT, nicht aber die Montanunion, d. Verf.] der europäischen Länder einen bedeutsamen Anhaltspunkt, der von seiten der verantwortlichen Staatsmänner viel mehr Bedeutung verdiente. Denn diese Ansätze zur Integration sind organisch gewachsen, beruhen auf Einsicht und Erkenntnis und haben so erfolgreiche Wirkungen gezeigt, daß es keinem Lande mehr möglich ist, sich diesem Trend der Entwicklung entgegenzustemmen."[19]

II.

Ende 1954 war die Situation für eine neue europapolitische Initiative keineswegs reif, die Gefahr eines Scheiterns mit unabsehbaren Folgen für die Entwicklung Europas noch nicht gebannt. In dieser sensiblen Phase konnte jede öffentlich geäußerte Kritik fatale Konsequenzen haben. Am 7. Dezember 1954 hielt Erhard im Klub „Les Echos" in Paris vor etwa 300 Unternehmern eine Rede, in der er sich grundsätzlich über die künftige Integration Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit äußerte. Als Voraussetzungen hierfür forderte er eine weitreichende Liberalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, aus der sich Formen zwischenstaatlicher Kooperationen entwickeln könnten. Grundlage derartiger Überlegungen war sein Modell einer „funktionalen Integration", wonach die nationalen Volkswirtschaften, je nach der jeweiligen Stufe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, sich einander annähern und zu gemeinsamen, zwischenstaatlichen Verhaltensweisen und freiwillig anerkannten, verbindlichen Regeln, also gewissermaßen von selbst zu einem inneren Ordnungsgefüge finden würden. Erst im Zuge dieser Annäherung waren für Erhard übernationale Institutionen denkbar, die den Angleichungsprozeß stabilisieren und begleiten könnten. Der umgekehrte Weg der wirtschaftlichen Kooperation als Folge gleichsam von „oben" geschaffener supranationaler Institutionen kam für ihn im Rahmen einer liberalen Wirtschaftsordnung prinzipiell nicht in Betracht. Auch wenn er die Erfolge der Montanunion anerkannte, so lehnte er doch entschieden eine Ausweitung ihrer Kompetenzen oder weitere Teilintegrationen als Modell für die künftige Integrationspolitik ab[20].

Erhards öffentliche Absage an institutionelle Lösungsansätze mußte auf Etzel alarmierend wirken. Als Le Monde am 9. Dezember 1954 über die Rede des Bundeswirtschaftsministers berichtete, schrieb er an Erhard: „Man weiß natürlich nie, wie weit die Zeitungen richtig berichten. Wenn aber der Bericht hier zutreffen sollte, wäre ich über Sie ehrlich gestanden sehr enttäuscht. Ich erinnere Sie an unser letztes Mittagessen in Bonn im ‚Königshof', wo wir uns über den Zusammenhang zwischen institutioneller Integration und funktioneller Integration eingehend unterhielten. Sie selbst sagten schließlich als Er-

[19] Ludwig Erhard, „Die Londoner Gespräche über die Konvertierbarkeit", in: Bulletin vom 22. 9. 1954, S. 1565–1570, hier S. 1569. Das Zitat stammt aus einer Passage überschrieben mit: „Wie steht es um die wirtschaftliche Integration Europas?" Diese Passage ist abgedruckt unter den Titel: „Nach dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft", in: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, Hrsg. von Karl Hohmann, Düsseldorf 1988, S. 405–408.

[20] Vgl. dazu Ulrich Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer". Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966, in: Francia 18 (1991), S. 85–121, hier S. 88. Text der Rede in: Erhard, Gedanken, S. 417–424.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebnis unseres Gespräches, daß die institutionelle Integration und funktionelle Integration sich aneinander hochranken müßten. Ich habe dieser Auffassung zugestimmt. Ich habe Ihnen auch gesagt, welche Bedeutung für uns in der Erkenntnis liegt, daß man grundsätzlich die institutionelle Integration weiter verfolgt. Wir alle hier in Luxemburg sind zutiefst davon überzeugt, daß die Montanunion unter keinen Umständen die einzige Integration bleiben darf. Wir alle sind davon überzeugt, daß der Weg der institutionellen Integration auf die Dauer allein zum Erfolg führen kann. Man darf daher unter keinen Umständen auf den Gedanken verzichten, daß die Integration fortgesetzt werden muß."[21]

Erhard blieb aber von dieser eindringlichen Stellungnahme unbeeindruckt. Er vertiefte vielmehr seine in der Dezember-Rede dargelegte Position in einer 17-seitigen Ausarbeitung „Gedanken zu dem Problem der Kooperation und der Integration". In diesem Memorandum vom März 1955 befaßte er sich zunächst mit der begrifflichen Definition von Kooperation und Integration, um dann – auf die aktuelle Situation und Diskussion eingehend – am Beispiel der Montanunion auf die volkswirtschaftlichen und politischen Gefahren hinzuweisen. Bei einer institutionellen Integration branchenwirtschaftlicher Teilbereiche befürchtete er die jeder Institution innewohnende planwirtschaftliche und dirigistische Tendenz, die eher zur Atomisierung und Absicherung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen als zu deren Liberalisierung führen müsse. Demgegenüber hob er die Vorteile einer funktionalen Integration hervor, die ohne Delegation nationaler souveräner Rechte an eine supranationale Organisation auf freiwilliger Einordnung und freier Verständigung der Partner untereinander beruhe und so zu einem gleichförmigen Verhalten der Volkswirtschaften und zur Anerkennung gleicher Spielregeln im nationalen wie im zwischenstaatlichen Verkehr führen würde. Zwar seien auch für diesen Angleichungsprozess Institutionen nötig, jedoch erst in einem zweiten Schritt, als Folge des wirtschaftlichen Zusammenwachsens. Als Steuerungsorgane ohne Entscheidungsbefugnis sollten ihnen nur konsultative Funktionen wie etwa bei der OEEC oder der EZU zustehen. Erhard räumte zwar ein, daß in der gegebenen Situation die politischen Erwägungen den Ausschlag für die Integrationsbestrebungen geben müßten, diese Willensentscheidung sich aber nur auf der Grundlage einer funktionalen Integration als tragfähig erweisen könne[22].

Dieses Konzept stand in diametralem Gegensatz zu den Auffassungen derjenigen politischen Kräfte, die eine rasche Europa-Initiative für notwendig hielten und in einer Ausweitung der Kompetenzen der EGKS bzw. in sektoralen Teilintegrationen einen erfolgversprechenden Weg zu einem engeren Zusammenschluß der Sechsergemeinschaft sahen, an dessen Ende die Vereinigten Staaten von Europa stehen sollten.

Am 30. März 1955 legte das Auswärtige Amt eine „Erwiderung auf die Gedanken des Herrn Bundeswirtschaftsministers zu dem Problem der Kooperation oder der Integration" vor. In der Stellungnahme ging das Auswärtige Amt zunächst auf die Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen ein, die einmal in der allgemeinen Einsicht in die Notwendigkeit einer engeren europäischen Zusammenarbeit, zum anderen in der kritischen Beurteilung der zu Bürokratisierung und Perfektionierung neigenden supranationalen Organisationen bestanden. Trotzdem sprach sich das Auswärtige Amt für einen Zusammenschluß der Staaten Westeuropas durch institutionelle Verklammerung aus, dessen Notwendigkeit und Dringlichkeit sich allein schon aus der außenpolitischen Lage ergebe. Es hielt rasches

[21] Schreiben Etzels vom 13.12. 1954 an Erhard, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[22] Dieses Memorandum (17 S.) hatte Erhard am 25.3. 1955 Adenauer zugesandt (BAK, B 136/1310, und B 102/11584, H. 4).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Handeln und kurzfristig realisierbare Maßnahmen für erforderlich. Unter diesen Prämissen erschien dem Auswärtigen Amt eine Fortführung und Ausdehnung der Integration nur „nach dem Typ der Montangemeinschaft" naheliegend[23].

Engagierter und in seiner Zielsetzung klarer äußerte sich Etzel. Er sah in der Schaffung eines föderativen Gesamteuropa das oberste Ziel der Integrationsbestrebungen, aus dem sich alle anderen Schlußfolgerungen ergaben. Politisch bestand die Aufgabe darin, ein föderatives Gesamteuropa als vierte Macht neben den USA, der Sowjetunion und Großbritannien zu schaffen. Daraus ergab sich für ihn die Notwendigkeit, daß die Einzelstaaten Souveränitätsrecht an die zu gründenden „Vereinigten Staaten von Europa" abtraten. Dieser Zusammenschluß bedeutete für die nationalen Wirtschaften Arbeitsteilung, freien Güteraustausch, Angleichung des Sozialniveaus, Konvertibilität der Währungen bis hin zur Einheitswährung. Die These Erhards, daß im Zuge der ökonomischen Vereinheitlichung Europas auch der staatliche Zusammenschluß gefördert würde, betrachtete er dagegen als „gefährlichen Irrtum". Die Montanunions-Lösung war für ihn ein Mittelweg, der den politischen Willen mit den ökonomischen Erfordernissen verband. Die mit ihr geschaffenen Institutionen hielt er für einen ersten Ansatz einer Zusammenarbeit, der aus innerer Notwendigkeit heraus zu weiteren Integrationsimpulsen führe und deren Dynamik die „endgültige Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa geradezu erzwingt". Seine Ausführungen schloß er mit dem Satz: „Das mit der Montanunion beschrittene und das mit der EVG und der Politischen Gemeinschaft beabsichtigte Ziel war unterbaut von diesen Erkenntnissen. Diese Erkenntnisse dürfen nicht verloren gehen und dürfen nicht in der irrigen Auffassung, daß eine Organisation, die der funktionellen Harmonisierung dient, bereits eine Institution sei, schließlich verwässert werden und den politischen Schwung nach der Schaffung eines föderativen vereinigten Europa untergraben. Das eigentliche Schwergewicht beruht nicht im Funktionellen, es beruht in der Kraft der institutionellen Verklammerung und das ist die politische Aufgabe, die mit der ökonomischen zu lösen ist."[24]

Diese Gedanken diskutierte Etzel am 26. April 1955 mit Alfred Müller-Armack, dem Leiter der Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums. Aus diesem Gespräch ging ein neuer, umfassender Plan hervor. Er berücksichtigte die von Monnet geforderte schrittweise Teilintegration auf dem Sektor der Atomenergie und des Transportwesens, die – analog zum Beyen-Plan – in einen gemeinsamen Markt eingehen sollte. Gleichzeitig sollten aber auch supranationale Organe geschaffen werden, die die Aufgabe hatten, zunächst die von Erhard angesprochenen gemeinschaftlichen Spielregeln der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern und deren Einhaltung zu überwachen. Zu einem späteren Zeitpunkt sollten, nach Zustimmung aller Mitgliedsstaaten, diesen Organen „eventuell" Souveränitätsrechte übertragen werden. Eine Reihe von Forderungen zur Erleichterung der Freizügigkeit auch auf dem Gebiet der Forschung und des Kapitalaustauschs bis hin zu einem europäischen Jugendplan rundeten den Entwurf schließlich ab[25].

Diesen Vorschlag erörterte Etzel noch mit Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt[26]; der Vorschlag ging dann – in einer internen Aufzeichnung des Auswärtigen

---

[23] Schreiben in: BAK, B 136/1310.

[24] Schreiben in: BAK, B 102/11580, Heft 4 (15 S.).

[25] Aufzeichnung über die Unterredung Müller-Armack und Etzel am 26. 4. 1955 in Baden-Baden, in: Ebenda.

[26] Vgl. Schreiben Etzels an Hallstein vom 27. 4. 1955, in: PA AA, Abt. 2, Referat 200, Az 85.00/1, Bd. 1. Etzel unterrichtete Monnet am 27. 4. 1955 von dem Ergebnis dieser Gespräche, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amtes als „Plan Etzel" bezeichnet[27] – in großen Teilen in die Eicherscheider Beschlüsse und in die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Benelux-Staaten ein.

III.

Als die Benelux-Staaten am 20. Mai 1955 den übrigen Staaten der Sechsergemeinschaft ein Memorandum über die weitere Integration Europas vorlegten, hielt es die Bundesregierung für zweckmäßig, noch vor der Konferenz der sechs Außenminister in Messina eine Stellungnahme abzugeben, in der die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung zu weiteren Integrationsschritten zum Ausdruck kommen sollte. Nach einem Abstimmungsgespräch am 20. Mai 1955 zwischen Vertretern des Wirtschaftsministeriums, Etzel und weiteren Vertretern der Hohen Behörde[28] fand am 22. Mai 1955 in Eicherscheid im Landhaus von Müller-Armack eine Besprechung statt, an der der künftige Außenminister Brentano, Erhard und Etzel sowie weitere Abgesandte der Ministerien und der Hohen Behörde teilnahmen[29]. Zweck dieser Zusammenkunft war es, eine einheitliche Haltung der Bundesregierung in der Europapolitik zu formulieren und die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Benelux-Länder vorzubereiten. Die aus dieser Besprechung hervorgegangenen „Eicherscheider Beschlüsse" bildeten einen Kompromiß, der weitgehend auf den von Müller-Armack und Etzel entworfenen Vorarbeiten beruhte. Er sah eine begrenzte Ausweitung der Kompetenzen der EGKS auf dem Gebiet der Energieversorgung und des Verkehrs sowie eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung von Atomenergie vor. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration forderte er mit Hinweis auf die allgemeinen Ziele von OEEC und GATT eine weitgehende Liberalisierung des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs, die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen und den Abbau von Handelshemmnissen. Ferner wurde die Bildung eines Konsultativorgans unter der Verantwortung des Ministerrates der EGKS vorgeschlagen, das die Regeln der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausarbeiten, Empfehlungen aussprechen, den Angleichungsprozeß koordinieren und schließlich Vorschläge für eine institutionelle Ausgestaltung entwickeln sollte. Schließlich wurde analog zu dem Vorschlag von Müller-Armack und Etzel die Förderung der Jugendbegegnung und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte gefordert[30].

Gegenüber dem von Etzel und Müller-Armack entworfenen Konzept waren die Hinweise auf den Ausbau supranationaler Organe in den Hintergrund getreten. Die Forderung nach umfassender Wirtschaftsliberalisierung, nach Abbau der Handelshemmnisse sowie das in Aussicht genommene Projekt zur Schaffung einer schwachen, dem Ministerrat untergeordneten Behörde mit lediglich konsultativen Kompetenzen entsprach hingegen weitgehend den Vorstellungen Erhards. So erweckte dieses Memorandum den Ein-

---

[27] Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 29. 4. 1955, in: Ebenda.

[28] Vermerk vom 21. 5. 1955, in: BAK, B 102/22160, Heft 2. Küsters, Gründung, S. 115 f., referiert ausführlich aus diesem Vermerk, der wohl mehr die Position Groebens wiedergibt als den zwischen Etzel und Müller-Armack bereits am 26. 4. 1955 erreichten Konsens.

[29] Zu den differenzierten Auffassungen im AA und im Bundeswirtschaftsministerium und zum Treffen in Eicherscheid vgl. ebenda, S. 112–119, von der Groeben, Deutschland und Europa, S. 273 f., und Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 136 f.

[30] Memorandum der Bundesregierung vom 26. 5. 1955, in: BAK, B 136/1310, veröffentlicht in: Bulletin vom 11. 6. 1955, S. 880.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

druck, die Position der funktionalen Integration Erhards habe sich durchgesetzt. Für diejenigen, die in einer engeren institutionellen Verklammerung das beste Mittel für eine fortschreitende Integration sahen, mußte die Stellungnahme der Bundesregierung daher einen Rückschritt bedeuten. So schrieb Monnet am 31. Mai 1955 enttäuscht an Adenauer: „Vor fünf Jahren hatten wir uns für eine europäische Integration entschieden, die nur verwirklicht werden kann, wenn – unter den entsprechenden Garantien – einer überstaatlichen Organisation Entscheidungskompetenzen anvertraut werden. Die deutschen Vorschläge zielen einfach darauf ab, zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit souveräner Staaten zurückzukehren: ein solches Vorgehen kann die Veränderungen, die für die Zukunft Europas notwendig sind, nicht bewirken; denn es gerät unvermeidbar mit jenen nationalen Interessen in Konflikt, deren Vorrang sie selbst bekräftigt."[31]

Offenbar sah sich auch Erhard durch die Stellungnahme der Bundesregierung bestätigt, denn in der Folgezeit äußerte er wiederholt öffentlich seine Kritik an einer institutionellen Lösung und erklärte, daß in den Vorschlägen zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit kein Raum für supranationale Behörden gegeben sei. Reisen im In- und Ausland boten ihm hierfür reichlich Gelegenheit, und Erhards Kritik fand ihren Niederschlag in der Presse, deren Kommentare im Auswärtigen Amt sorgfältig gesammelt wurden[32]. Größtes Aufsehen fand dabei die Rede, die Erhard bei einem Frühstück der kanadischen Regierung aus Anlaß der Eröffnung der Canadian International Trade Fair in Toronto am 30. Mai 1955 gehalten hatte. Darin hatte er ausgeführt: „Es ist auch jetzt bei der europäischen Integration deutlich geworden, daß man allein mit Maßnahmen institutioneller und organisatorischer Art Europa nicht bauen kann, daß selbst in einer engen und räumlichen Zusammenarbeit zuerst einmal eine Gemeinsamkeit des Denkens und des Handelns vorherrschen muß. Wenn heute z. B. die verpflichtenden Prinzipien einer höheren Liberalisierung, einer Überwindung diskriminierender Praktiken, die Beseitigung von Handelshemmnissen, die Herabsetzung von Zöllen, das Erstreben frei konvertierbarer Währungen die Grundlage jedes europäischen Gesprächs sind, dann ist damit deutlich gemacht, daß eine solche Lösung nicht nur für Europa, sondern daß sich mit diesen Prinzipien Europa gleichzeitig auch mit der übrigen freien Welt enger verbindet."[33]

Eine derartige Vision einer globalen Liberalisierung der Wirtschaftsordnung stand in krassem Gegensatz zu den Integrationsbestrebungen auf der Basis der Sechsergemeinschaft. Etzel wandte sich deshalb erneut direkt an Erhard und erinnerte ihn eindringlich an die in Eicherscheid gefaßten Beschlüsse, die mit derartigen Äußerungen nicht zu vereinbaren seien. Dabei interpretierte er das Memorandum der Bundesregierung als durchaus konform mit dem Ziel der institutionellen Integration. Als Beleg dafür zitierte er aus dem Memorandum der Bundesregierung die einleitenden Sätze und den Vorschlag zur wirtschaftlichen Integration: „Die Bundesregierung ist – in Übereinstimmung mit anderen Partnerländern der Montangemeinschaft – der Überzeugung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, eine weitere Etappe auf dem Wege zur Errichtung eines politisch und wirtschaftlich geeinten Europas in Angriff zu nehmen" und „Die Bundesregierung schlägt vor, unter der Verantwortung des Ministerrates der Montangemeinschaft ein ständiges Konsultativorgan zu bilden, das die Aufgabe hat, Vorschläge für die institutionelle Ausge-

[31] Dieser Brief schloß mit dem Hinweis, daß ihn Etzel überbringen werde, mit dem er sich in der Beurteilung einig sei, in: PA AA, B 10, Bd. 902.

[32] Zusammenstellung vom 20. 6. 1955, in: PA AA, Abt. 2, Ref. 200, Az. 85.00/1, Bd. 1.

[33] Text der Rede, in: BAK, N 1254, Bd. 85.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

staltung entsprechend den Fortschritten der Integration zu machen." Daraus schloß Etzel: „Bei solcher Situation ist doch klar, daß das Ziel der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Stabilisierung derselben durch institutionelle Einrichtungen sein soll, wobei dieses Ziel allerdings erst schrittweise erreicht werden kann. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß für Institutionen und supranationale Behörden in diesen Vorschlägen kein Platz sei. Institutionen und damit supranationale Behörden sind das Ziel unserer Vorschläge." Abschließend wies er darauf hin, daß diese Interpretation auch übereinstimme mit der Haltung des Bundeskanzlers: „Ich hatte gestern Gelegenheit, die Dinge noch einmal mit dem Herrn Bundeskanzler zu besprechen. Er hat mich nicht nur ermächtigt, sondern auch gebeten, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß die Integrationspolitik der Bundesregierung mit der Übertragung nationaler Souveränität auf eine supranationale Ebene unverändert das Ziel seiner Politik sei."[34]

In fast gleichlautenden Schreiben an Ludger Westrick, Staatsskretär im Wirtschaftsministerium, und an Hans Globke, Staatssekretär im Kanzleramt, wies Etzel auf die Folgen von derartigen Äußerungen hin. Zu der durch Erhard geschaffenen Situation schrieb er: „Die Außenministerkonferenz in Messina hat entschieden, daß Sachverständige eine bis zum 1. Oktober 1955 stattfindende weitere Außenministerkonferenz vorbereiten wollen. Die Aufgabe der Sachverständigen wird sein, Vorschläge für die weitere Integration zu machen. Wenn auch in dem sogenannten Memorandum der deutschen Bundesregierung, das ja bekanntlich nicht im Kabinett gewesen ist, eine Einigung zwischen dem Wirtschaftsminister und dem jetzigen Außenminister gefunden wurde, eine Einigung, der auch ich zustimme, so haben doch die durch die Presse vermittelten Reden von Herrn Professor Erhard in Kanada in der Öffentlichkeit Zweifel an der Linie der deutschen Bundesregierung entstehen lassen."[35] Beide Briefe gab er auch Hallstein zur Kenntnis mit der noch deutlicheren Bemerkung: „Die Reden von Herrn Erhard haben doch offenbar einen Scherbenhaufen im Raum der Politik europäischer Zusammenarbeit angerichtet, und er weiß das gar nicht. Bei meinem letzten Mittagessen mit ihm, das im Anschluß an meinen Besuch bei Ihnen stattfand, hat er mir wieder versichert – und ich glaube, daß er es auch meint – auch seinerseits ein föderatives Europa zu wollen."[36]

Gelegenheit, die Gegensätze zu bereinigen, bot sich am 7. Juli 1955, als in einer interministeriellen Besprechung die Weisungen für die deutsche Delegation bei der Vorbereitung der Brüsseler Vorkonferenz ausgegeben werden sollten. Die Standpunkte blieben jedoch unverändert. Die Diskussion zeigte im übrigen auch, daß der Wirtschaftsminister mit seiner Meinung keineswegs allein stand[37]. Erhard wiederholte seine bekannten Argumente

[34] Schreiben Etzels an Erhard vom 2. 6. 1955, in: BAK, B 102/11580, Heft 4). In diesem Sinne äußerte sich Etzel in einer Rundfunkrede am 20. 7. 1955 in der Sendung „Politik aus erster Hand" (Text in: BAK, B 102/22160, Heft 2), und im Bulletin vom 4. 8. 1955, als er sich entschieden für eine institutionelle Lösung aussprach und erklärte, daß sich „die Bundesregierung klar und eindeutig zur Fortsetzung der Integrationspolitik bekannt" habe.

[35] Schreiben vom 17. 6. 1955 an Globke, in: BAK, B 136/1310, Abschriften an Globke und Westrick, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[36] Schreiben an Hallstein vom 17. 6. 1955, in: Ebenda.

[37] Aus einem Vermerk des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 18. 4. 1955 geht hervor, daß Vizekanzler Blücher selbst die institutionelle Lösung strikt ablehnte und auch Verkehrsminister Seebohm die Haltung Erhards unterstützte; vgl. BAK, B 146/1845. Auf der Besprechung am 7. 7. 1955 stimmten auch Vertreter des Landwirtschafts- und des Finanzministeriums der Ansicht Erhards zu; vgl. Niederschrift, in: BAK, B 136/1310.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen eine von Sektor zu Sektor fortschreitende Teilintegration und bestand auf der zeitlichen Abfolge der wirtschaftlichen Integration vor einer politischen Lösung auf institutionellem Wege. Grundsätzlich war er zwar mit supranationalen Lösungen einverstanden, hielt aber materielle Schritte in dieser Richtung für verfrüht. Demgegenüber vertrat Hallstein die Ansicht, daß die partielle Integration der einzige Weg sei, die europäische Einheit zu schaffen. Das Endziel sei die Gesamtintegration, aber man müsse dort anfangen und zugreifen, wo sich die Möglichkeiten einer Teilintegration böten[38].

Erhard nutzte diese Besprechung auch, um sich gegen die Kritik, seine Haltung sei integrations- und europafeindlich, zur Wehr zu setzen, während Hallstein seinen Standpunkt wiederholt auch damit verteidigte, daß die Bundesregierung ihren Ruf als guter Europäer wiederherstellen müsse[39]. Auf diese Auseinandersetzung nahm Erhard indirekt Bezug, als er in der Zeitschrift „Die deutsche Korrespondenz" am 21. Juli 1955 einen Artikel unter dem Titel „Wer ist ein guter Europäer?" veröffentlichte. Darin führte er aus: „Mit meiner Kritik bzw. meinen Zweifeln, ob aus der Schaffung neuer (branchenmäßiger) Teilintegrationen mit gleichzeitig supranationaler Verwaltungszuständigkeit Europa wirklich erstehen wird – und zwar sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht –, habe ich mich, wie manche Kommentare erkennen lassen, offenbar dem Verdacht ausgesetzt, kein oder doch ein schlechter Europäer zu sein. Das ist um so verwunderlicher, als wohl kaum ein Anderer mit so viel Begeisterung und Hingabe bemüht war, den Protektionismus und falschen Nationalismus in den europäischen Ländern zu überwinden, der Freiheit des Güteraustausches Raum zu geben, Handelshemmnisse und diskriminierende Praktiken zu beseitigen und zu ehrlichen Methoden der Verrechnung in Form konvertierbarer Währungen zurückzufinden. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat diesen guten Willen vor aller Welt sichtbar demonstriert und hat damit bewußt und gewollt die besten Voraussetzungen für jedwede Form einer europäischen Integration und einer weltweiten ökonomischen Ordnung geschaffen. Das alles aber scheint in den Augen mancher Integrationspolitiker nicht als ein Zeugnis zu gelten; dieser Kreis hat fast so etwas wie ein Unfehlbarkeitsdogma entwickelt, und wer sich ihm nicht unterwerfen will, wird sündig und verliert seine Europäereigenschaft. Gegen diese Unduldsamkeit lehne ich mich in aller Entschiedenheit auf, um so mehr ich den Wert und den Nutzen der Montanunion stets positiv gewürdigt und zudem konstruktive Vorschläge in Richtung einer echten, wirksamen und umfassenden Integration entwickelt habe."[40]

Adenauer versuchte, den schwelenden Konflikt in seiner Regierung zu beenden, und richtete am 19. Januar 1956 ein Schreiben an alle Minister, in dem er seine Haltung in

---

[38] Diese Besprechung war in der Kabinettssitzung am 6.7. 1955 beschlossen worden, in der sich Brentano inzwischen eindeutig für eine institutionelle Lösung ausgesprochen hatte. Adenauer hatte als Zielvorgabe gefordert, daß die Bundesregierung als „Vorkämpferin des europäischen Gedankens erscheinen" müsse. Auszug in: BAK, B 136/1310. Müller-Armack wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß auch das Memorandum der Bundesregierung einen Zusammenschluß zu supranationalen Organisationen vorsehe. Damit lag er auf der Interpretationslinie, wie sie bereits Etzel gegenüber Erhard vertreten hatte.

[39] Das deutsche Memorandum selbst hatte in Verbindung mit den Äußerungen Erhards Zweifel an der Integrationswilligkeit der Bundesregierung aufkommen lassen. Vgl. dazu Küsters, Gründung, S. 143.

[40] Abdruck in: BAK, B 102/11041. Abdruck des Textes in Erhard, Gedanken, S. 442–445.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Europa-Politik klarlegte. Darin betonte er unter Hinweis auf außenpolitisch sehr weitreichende Erwägungen die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses und einer Aussöhnung mit Frankreich und erklärte mit dem Hinweis auf die in Messina eingegangenen Verpflichtungen eine Politik der kleinen Schritte auf dem Weg zu einer institutionellen Integration Europas als für die Bundesregierung verbindlich[41]. Der Hinweis auf die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers war hauptsächlich gegen Erhard gerichtet, der sich durch den „Integrationsbefehl" Adenauers aber nicht davon abhalten ließ, weiterhin seine Vorstellung eines weltweiten Freihandels zu propagieren[42]. Adenauers Hoffnung, durch ein Machtwort die Kontroverse beenden zu können, währte so nicht lange. Der Konflikt trat sogar in verstärkter Form zutage, als am 21. April 1955 der belgische Außenminister Spaak den Regierungen der Sechsergemeinschaft den Sachverständigenbericht zur Stellungnahme vorlegte. In der Kabinettssitzung am 9. Mai 1956 konnte sich das Auswärtige Amt gegenüber dem Wirtschaftsminister im wesentlichen durchsetzen und die Zustimmung der Bundesregierung zu der von den Sachverständigen vorgeschlagenen institutionellen Lösung erreichen[43]. Nach dem Beschluß der Außenminister auf der Konferenz in Venedig vom 29. und 30. Mai 1956, auf der Grundlage des Spaak-Berichts die Vertragsverhandlungen in Brüssel zu eröffnen, entzündete sich jedoch der alte Streit erneut. Vordergründig rangen das Auswärtige Amt und der Wirtschaftsminister um die Zuständigkeit[44], doch dahinter verbargen sich tiefgreifende sachliche Differenzen. Erhard hatte vorgeschlagen, daß Weisungen für die Delegationsleiter außer dem Bundeskabinett nur vom Kabinettsausschuß für Wirtschaft erteilt werden sollten, während das Auswärtige Amt als zweites Weisungsorgan einen ihm unterstellten Staatssekretärsausschuß in die Diskussion gebracht hatte. Erhard forderte darüber hinaus, daß eine endgültige deutsche Verhandlungsposition ausgearbeitet werden sollte. Dagegen war das Auswärtige Amt der Ansicht, daß eine grundsätzliche Vorentscheidung zugunsten einer institutionellen Lösung bereits in der Zustimmung zum Ergebnis der Konferenz von Messina und mit der Zustimmung zum Bericht der Brüsseler Sachverständigenkonferenz gefallen sei[45].

Diese Auseinandersetzung fiel in eine Zeit innenpolitischer Differenzen, die dadurch gekennzeichnet war, daß Adenauer sich in der Wirtschaftspolitik und in der Frage der Finanzierung des Verteidigungsbeitrages öffentlich von Erhard und Finanzminister Fritz Schäffer distanzierte und um eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Konjunkturüberhitzung bemüht war[46]. In diese Debatte um ein Konjunkturprogramm der Bundesregierung griff auch Etzel vehement ein, der als Vorsitzender des Bun-

---

[41] Veröffentlicht in: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 253–255. Vgl. dazu auch Hanns Jürgen Küsters, Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: VfZ 31 (1983), S. 646–673, hier S. 664ff.

[42] Vgl. dazu Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 138f.

[43] Vgl. dazu Küsters, Gründung, S. 256–260; von der Groeben, Deutschland und Europa, S. 278f.

[44] Vgl. zu diesem schon länger bestehenden grundsätzlichen Streit um die Zuständigkeit in der Außenhandelspolitik ausführlich Hanns Jürgen Küsters, Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949–1958, in: Herbst/Bührer/Sowade, Marschallplan, S. 335–370.

[45] Kabinettsvorlage des AA vom 5.6. 1955 und des BMWi vom 15.6. 1955, in: BAK, B 136/1310. Aufzeichnung des AA vom 16.6. 1956, in: PA AA, B 10, Bd. 909.

[46] Vgl. dazu Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 84–89 und 109–126.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desausschusses für Wirtschaft der CDU ein eigenes Wirtschaftsprogramm[47] vorlegte, einen Kurswechsel in der Finanzpolitik und schließlich sogar den Rücktritt von Schäffer forderte[48].

Dieses selbstbewußte und energische Auftreten Etzels dürfte den Bundeskanzler veranlaßt haben, Etzel die Leitung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft anzutragen[49]. Der Bundeskanzler hätte damit die Möglichkeit bekommen, im Zuge der anstehenden Kabinettsumwandlung[50] einen Vertrauten in seine Nähe zu holen, und er hätte damit der Forderung Erhards nachgeben können, die Europapolitik in die Zuständigkeit des Wirtschaftsausschusses zu überweisen, gleichzeitig aber durch die Übertragung der Leitung an einen ausgesprochenen Befürworter der auch von ihm unterstützten Integrationspolitik die Bestrebungen Erhards unter Kontrolle halten können. Der Wirtschaftsminister mußte einen derartigen Vorschlag als Brüskierung auffassen und lehnte die Nominierung Etzels scharf ab[51]. Etzel selbst ließ sich auf Adenauers Angebot nicht ein und zog es vor, seiner Stimme weiterhin aus der Distanz Gehör zu verschaffen.

IV.

Der Richtungsstreit zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium verschärfte sich, als im Juli 1956 der Generalsekretär der OEEC einen von der englischen Regierung lancierten Plan zur Bildung einer Freihandelszone bekanntgab, die die Zollunion der Sechsergemeinschaft und die restlichen 11 Mitgliedsländer der OEEC umfassen sollte[52]. Erhard sah in diesem Vorstoß seine eigene Idee einer umfassenden Liberalisierung bestätigt und glaubte, das sich hier abzeichnende multilaterale Wirtschaftsabkommen der in der Sechsergemeinschaft sich anbahnenden institutionellen Lösung als Alternative entgegenstellen und der Europapolitik der Sechsergemeinschaft so einen grundlegenden Kurswechsel geben zu können. In seiner Kritik an der institutionellen Integration sah er sich umso mehr bestätigt, als Frankreich mit neuen Forderungen nach sozialer Harmonisierung – d. h. vor allem Einführung der 40 Stunden-Woche, gleiche Bezahlung für männliche und weibliche Arbeitskräfte, drei Wochen bezahlten Urlaub –, ferner mit der Forde-

---

[47] Entwurf vom 2.6. 1956, in: BAK, N 1254, Bd. 84. Das Programm übersandte er am 3.6. 1956 auch Erhard, nicht ohne das Fernbleiben des Wirtschaftsministers von dieser Ausschußbesprechung gerügt zu haben, in: Ebenda. Bereits am 7.10. 1955 hatte Etzel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der CDU Adenauer dringend um ein Gespräch zu Fragen der Konjunkturpolitik gemeinsam mit Erhard gebeten, in: BAK, B 136/652.

[48] Vgl. dazu Dietrich, Franz Etzel, hier S. 180f.; Christoph Henzler, Fritz Schäffer, 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, München 1994, S. 530–533.

[49] Schreiben Adenauers an Etzel vom 30.6. 1956, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[50] Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann, S. 270–280.

[51] Von der Haltung Erhards hatte Adenauer Etzel in seinem Schreiben vom 30.6. 1956 unterrichtet, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[52] Zu der zwischen dem AA und dem BMWi ausgetragenen Kontroverse um die Freihandelszone vgl. insbesondere Gabriele Brenke, Europakonzeptionen im Widerstreit. Die Freihandelszonen-Verhandlungen 1956–1958, in: VfZ 42 (1994), S. 595–633; Hanns Jürgen Küsters, Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von EWG- und EFTA-Gründung 1956–1958, in: Historische Zeitschrift, Beiheft 21: Europa im Blick der Historiker, hrsg. von Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe, München 1995, S. 203–239.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung nach einem zeitlich begrenzten Sonderstatus aufgrund seiner auch durch den Algerienkrieg bedingten Zahlungsbilanzschwierigkeiten und schließlich mit der Forderung nach einer Einbeziehung der überseeischen Gebiete hervortrat[53]. Ein Nachgeben gegenüber Frankreich mußte nach Ansicht Erhards die geplante Zollunion deformieren, zu bürokratischer Kontrolle, wirtschaftlichem Protektionismus und zur Abschottung vom Welthandel führen und die Bemühungen um eine Liberalisierung weltweiter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ins Gegenteil verkehren.

Am 25. September 1956 schrieb er einen eindringlichen, zehn Seiten langen Brief an Adenauer, in dem er vor einem Nachgeben gegenüber Frankreich warnte, dessen Forderungen nach sozialer Harmonisierung er als volkswirtschaftlich unsinnig und deshalb als nicht diskussionsfähig bezeichnete. Frankreich fordere überdies so viele Sonderrechte und schirme sich durch Einfuhrsteuern und Ausfuhrsubventionen derart ab, daß es mehr außerhalb als innerhalb der Gemeinschaft stehe. Für ihn, Erhard, stelle sich daher die Frage, ob Paris überhaupt die Gemeinschaft wolle oder ob es nicht darum ginge, das Odium des Scheiterns von sich abzuwenden. Wörtlich schrieb Erhard in diesem Zusammenhang: „Sicherlich dürften auch wir nicht das Odium des Scheiterns der Europäischen Integration auf uns nehmen, aber gerade deshalb dürfen wir es auch nicht zulassen, daß unsere europäische Gesinnung in Zweifel gezogen wird, wenn wir uns gegen die Verzerrung jener europäischen Lösung zur Wehr setzen. Noch schlimmer als ein Scheitern dieses Projekts im Augenblick wäre ein mißlungener praktischer Versuch, der die europäische Idee endgültig erdrücken müßte." Begonnen hatte Erhard seinen Brief mit dem Hinweis darauf, wie sehr es ihn verbitterte, wenn man sein Engagement für Europa in Zweifel zog: „Ich kann Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, nicht verhehlen, daß es nachgerade unerträglich wird, als ein Europäer minderen Grades hingestellt zu werden, wenn man aus echter und tiefer Sorge um dieses werdende Europa neben rein politischen Aspekten des Augenblicks auch die Folgen und Folgerungen für fast alle Bereiche des volklichen Seins gebührend bedacht und berücksichtigt sehen möchte. Schließlich kann auch vor einem internationalen Forum nicht abgestritten werden, daß kaum ein anderer europäischer Staatsmann auf der wirtschaftlichen Ebene so viel für die Schaffung der zu einer Integration notwendigen Voraussetzungen und für die Zusammenführung der Volkswirtschaften getan hat, als ich das für mich in Anspruch nehmen kann."[54]

Fast gleichlautend wandte sich Erhard Anfang Oktober 1956 an seine Ministerkollegen, wobei er auch auf die neue politische Situation einging, die durch die positive Äußerung Macmillans vom 3. Oktober 1956 zum Projekt einer Freihandelszone[55] entstanden war. Hierzu schrieb Erhard: „Die in Brüssel derzeit verhandelnden Staaten würden also England und auch noch andere europäische Länder geradezu vor den Kopf stoßen, wenn sie trotz der völlig veränderten Sachlage in übereilter Hast ein fait accompli schaffen wollten. Ich halte es deshalb für notwendig, die gesamte Brüsseler Konzeption, wenn auch mit der gebotenen Eile, noch einmal zu überprüfen bzw. überhaupt einen neuen Plan aufzustellen

[53] Dazu ausführlich Küsters, Gründung, S. 294–305.

[54] Schreiben in: PA AA, Ministerbüro, Bd. 48.

[55] Wortlaut seiner Erklärung vom 3. 10. 1956, in: Europa, Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung, Teilband 3: Von der Europäischen Atomgemeinschaft und Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Beginn einer neuen Form der politischen Zusammenarbeit 1961. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Bonn 1962, S. 1454–1458.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und in dieser Zeit eine enge Verbindung mit England und anderen bisher nicht an der Integration beteiligten europäischen Ländern herzustellen."[56]

Am 5. Oktober kam es im Kabinett zu der von Erhard seit langem geforderten grundsätzlichen Aussprache über den weiteren Kurs der Bundesregierung in der Europapolitik angesichts der französischen Forderungen und der neuen, durch England geschaffenen Situation. Offizielle Grundlagen dieses Tagesordnungspunktes waren Vorlagen des Auswärtigen Amtes vom 3. Oktober 1956 und des Wirtschaftsministeriums vom 2. Oktober 1956[57]. Die Vorlage des Auswärtigen Amtes befaßte sich zunächst mit den Problemen der Wirtschaftsgemeinschaft und den durch die französischen Forderungen entstandenen Fragen, wobei sich das Auswärtige Amt in den Vorschlägen sehr zurückhaltend und kompromißbereit zeigte. Problematischer erschien dagegen der Komplex der Atomenergie und hier insbesondere die Frage des Status der Atombehörde und der Eigentumsrechte an den Brennstoffen. Die Vorlage des Wirtschaftsministeriums konzentrierte sich allein auf die durch die Haltung Frankreichs entstandene Lage und war im Tenor gegen jedes Zugeständnis. Lagen die beiden Ministerien in der Beurteilung der materiellen Erfordernisse für einen Gemeinsamen Markt gar nicht so weit auseinander, so differierten die Ansichten doch in der außenpolitischen Zielsetzung einer Verklammerung der Sechs und in der unterschiedlichen Beurteilung der französischen Haltung. Während Erhards Ministerium die Forderungen Frankreichs für volkswirtschaftlich unsinnig und indiskutabel hielt und sie rundweg ablehnte, glaubte das Auswärtige Amt eine zwar von Maximalforderungen ausgehende, aber doch flexible Haltung Frankreichs zu erkennen, die es verdiene, an dem großen Ziel des europäischen Zusammenschlusses festzuhalten[58].

Die Erörterung der Vorlagen diente vor allem dem Zweck, die Haltung der Bundesregierung auf der für den 20. und 21. Oktober in Brüssel anberaumten Konferenz der Außenminister zu klären. Nach einleitender grundsätzlicher Debatte über die Einschätzung der englischen Absichten lehnte das Kabinett den Vorschlag Erhards ab, die Position Englands zu berücksichtigen und Verhandlungen auf einer neuen Grundlage zu führen. Gegenüber dem Freihandelszonen-Projekt sollte sich die Bundesregierung jedoch offen zeigen, gleichzeitig aber die Brüsseler Verhandlungen entschlossen und unbeirrt fortsetzen. Dann waren aber weniger die Kabinettsvorlagen der beiden Ministerien Verhandlungsgrundlage, als vielmehr ein Positionspapier von Etzel, das Adenauer Zug für Zug von Hallstein vorlesen und danach beraten ließ. Etzel hatte diese Vorschläge am 27. September dem Kanzler zugesandt. In Kenntnis der Haltungen der übrigen Mitgliedsstaaten der Sechsergemeinschaft hatte er seine Vorstellungen über die Position der Bundesregierung dargestellt, eine Verhandlungslinie aufgezeigt und auf kontroverse Standpunkte hingewiesen. Ähnlich wie die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes waren seine Vorschläge von dem Bemühen gekennzeichnet, die Konferenz durch weitgehende Zugeständnisse an Frankreich zu retten sowie durch materielle Abschwächungen und zeitliche Entzerrungen einen Kompromiß zu finden[59].

Adenauers Rückgriff auf die Vorschläge Etzels war ein geschickter Zug, um die zu erwartende kontroverse Diskussion zu straffen und in die gewünschte Richtung zu lenken.

---

[56] Schreiben („Persönlich! An alle Bundesminister", 10 Seiten), in: BAK, B 102/11580, Heft 5.

[57] Vorlage des BMWi, in: BAK, B 136/1313 und B 102/12616, H. 2; Vorlage des AA in: PA AA, B 10, Bd. 913.

[58] Vgl. dazu auch Vermerk vom 4. 10. 1956, in: PA AA, B 10, Bd. 913.

[59] Schreiben Etzels, in: BAK, B 136/6113, Vorschläge auch in BAK, N 1254 Bd. 84.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denn Etzels Papier gewann damit automatisch eine über den Positionen der beiden Ministerien stehende Autorität, und der Kanzler gab seine stillschweigende Übereinstimmung mit den Ansichten des Vizepräsidenten zu erkennen und drängte Erhard von vornherein in eine aussichtslose Position. Adenauers Taktik verschärfte nicht nur den Gegensatz zwischen Etzel und Erhard, sondern mußte von Erhard auch als ein Affront gewertet werden[60].

Eine Einigung über die noch offenen Fragen kam auf der Brüsseler Außenministerkonferenz am 20. und 21. Oktober 1956 nicht zustande. Wirtschaftsministerium und Auswärtiges Amt bewerteten den negativen Ausgang unterschiedlich und kamen auch zu sehr verschiedenen Schlußfolgerungen. Nach Auffassung des Wirtschaftsministeriums war die Konferenz nicht an mangelnder Kompromißbereitschaft gescheitert, sondern letztlich an dem „Unvermögen der französischen Regierung, sich dahingehend zu äußern, daß innerhalb eines absehbaren Zeitraumes die Währungsfrage in diesem Land bereinigt sein würde". Die Frage der sozialen Harmonisierung habe dagegen nur den äußeren Anlaß für das Scheitern gegeben. In dieser Situation ergaben sich für das Ministerium als alternative Lösungsmöglichkeiten entweder ein lockerer Zusammenschluß in Form einer Zollunion auf einer allerdings neuen Vertragsbasis oder aber eine Verlagerung des Schwerpunkts der bisherigen Vertragsvorarbeiten zunächst von einem Gemeinsamen Markt auf eine Währungsunion, die Frankreich eine Bereinigung seiner Probleme ermöglichen würde[61].

Erhard vertiefte diese bereits in seiner Kabinettsvorlage angedeuteten Gedankengänge in einem „Entwurf eines Europäischen Programms", den er Adenauer am 29. Oktober 1956 zusandte; der Entwurf beruhte weitgehend auf dem „Vorläufigen Entwurf von Thesen zu den Brüsseler Integrationsverhandlungen" vom 31. August 1956[62]. In diesem 30seitigen Papier unternahm Erhard den Versuch, „in Anlehnung an die Ziele der Brüsseler Beratungen eine neue, fruchtbare und freizügigere Form der Europäischen Zusammenarbeit aufzuzeigen, die nicht mehr mit dem gefährlichen Hang zum Perfektionismus belastet ist". Zwar hielt er an der Errichtung eines Gemeinsamen Marktes als oberstem Ziel des Integrationsbestrebens fest, doch materiell wie institutionell sollte er nunmehr im Rahmen der OEEC verwirklicht werden[63].

Das Auswärtige Amt dagegen kam in seiner Analyse der Brüsseler Konferenz zu dem Ergebnis, daß abweichend vom Kabinettsbeschluß vom 5. Oktober 1956 weitere Zugeständnisse in der Frage der Harmonisierung der wöchentlichen Arbeitszeit und in der Verlängerung der Übergangsfrist für Frankreich vertretbar seien, um die Brüsseler Integrationsverhandlungen wieder in Gang zu setzen und „um schwere außenpolitische Rückschläge, die sich aus dem Stagnieren der Verhandlungen mit Sicherheit ergeben würden, zu vermeiden"[64]. Die dem Auswärtigen Amt bekannt gewordenen Pläne Erhards, die entstandenen Schwierigkeiten durch ein neues Vertragsprojekt zu überwinden, lehnte es entschieden ab. Es empfahl seinerseits, den Versuch zu unternehmen, die bestehenden Gegensätze zunächst durch bilaterale deutsch-französische Gespräche auszuräumen.

In dieser Situation versuchte Etzel noch einmal, seinen Einfluß geltend zu machen und gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt für den Brüsseler Weg und gegen den von Erhard

---

[60] Auszug des Protokolls, in: BAK, N 1254, Bd. 84.
[61] Vermerk des BMWi vom 23.10. 1956, in: BAK, B 102/11580, Heft 5.
[62] Vorläufiger Entwurf, in: BAK, B 102/12616, Heft 3.
[63] Memorandum, in: BAK, N 1254, Bd. 84.
[64] Aufzeichnung, in: BAK, N 1254, Bd. 84, und B 102/11580, Heft 5.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verfochtenen neuen Lösungsansatz zu kämpfen. Etzel suchte am 26. Oktober 1957 zunächst Erhard und dann Außenminister Brentano auf. Über dieses Gespräch berichteten Erhard und Brentano in ihren Briefen an Adenauer vom 29. Oktober 1955. Erhard schrieb: „Ich wäre Ihnen indessen außerordentlich dankbar, wenn Sie die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums [gemeint war der „Entwurf eines Europäischen Programms", der Vf.] noch vor Ihrer Besprechung mit Herrn Vizepräsidenten Etzel studieren wollten, weil seine Auffassungen über den einzuschlagenden Weg noch völlig in den Vorstellungen ‚seines' Europa, d. h. der institutionellen Bindung der sechs Montanunions-Länder wurzeln. Eine Besprechung, die ich am letzten Freitag mit ihm hatte, verlief zu meinem Bedauern wenig befriedigend."[65] Und Brentano berichtete an Adenauer: „Im Anschluß an die Unterredung mit mir hatte Herr Etzel ein längeres Gespräch mit Herrn Kollegen Erhard. Über dieses Gespräch hat er mir am Samstag [...] kurz berichtet und mich auch ausdrücklich ermächtigt, Ihnen den Eindruck von diesem Gespräch mitzuteilen. Es ist tatsächlich so, daß das Wirtschaftsministerium glaubt, man könne die Beschlüsse von Messina und Venedig nicht mehr verwirklichen; man solle daher ein loses Vertragssystem vorschlagen, um auf diese Weise die Grundlagen für einen Gemeinsamen Markt in einem möglichst weiten Bereich zu schaffen. Die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums werden sich offensichtlich denen annähern, die in der OEEC bereits diskutiert worden sind. Herr Etzel war sehr bestürzt über diese Ansicht. Er sagte mir, daß nach seiner Überzeugung, aber auch nach seinen Informationen die Vorlage eines solchen Projektes, die ja die völlige Absage an die früheren Entscheidungen bedeuten würde, unabsehbare Auswirkungen haben müsse. [...] Ich bin daher überzeugt, daß wir alles tun müssen, um die beiden Projekte, Gemeinsamer Markt und Atomgemeinschaft, zu verwirklichen oder doch zum mindesten zu verhindern, daß der berechtigte Eindruck entsteht, als seien die Pläne am deutschen Widerstand gescheitert."[66]

Am 31. Oktober ließ sich Erhard in einer Besprechung mit Adenauer von dessen ausschließlich politischer Argumentation – der Kanzler nannte in diesem Zusammenhang die Suez-Krise, den Ungarn-Aufstand und die daraus sich ergebenden Konsequenzen der militärischen und politischen Absicherung der Bundesrepublik in einem westlichen Bündnissystem sowie die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung – überzeugen und stimmte in den Grundzügen einer Kompromißlösung auf der Basis der bisherigen Brüsseler Verhandlungsergebnisse zu[67]. Am 3. November fand unter Vorsitz von Adenauer eine Besprechung statt, an der Brentano, Atomminister Balke, Etzel, Müller-Armack und weitere Vertreter der beteiligten Ressorts teilnahmen[68]. Zweck dieser Besprechung war, gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium die Grenzen eines deutschen Entgegenkommens abzustecken und Formulierungsvorschläge zur Überbrückung der bestehenden Gegensätze vor allem in der Frage der sozialen Harmonisierung zu finden. Etzel hatte hierfür einen Gesprächsfahrplan aufgestellt, „um ein Ausufern der Sitzung zu

---

[65] Schreiben, in: BAK, N 1254, Bd. 84.

[66] Ebenda.

[67] Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann, S. 301. Der Terminkalender Adenauers weist am Vormittag dieses 31. Oktober eine rege Beratungstätigkeit zwischen Adenauer, Etzel, Brentano und Erhard in unterschiedlicher Zusammensetzung nach; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf, 04.07.

[68] Aufzeichnung von Carstens vom 3. 11. 1956, in: BAK, Nachlaß Karl Carstens (künftig: N 1337), Bd. 643.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verhüten und die Besprechung aller wichtigen Punkte sicherzustellen"[69]. Auf dieser Besprechung gelang es, Kompromißformeln[70] zu finden, die über die Botschaft in Paris der französischen Regierung zur Vorbereitung der Besprechung zwischen Adenauer und Mollet zugeleitet wurden[71]. Sie bildeten schließlich die Grundlage der Verständigung zwischen Adenauer und Mollet am 6. November 1956, die den Weg zum Aufbau eines gemeinsamen Europas ebnete[72].

Etzel hatte in dieser kritischen Situation durch sein Festhalten am Ziel einer deutsch-französischen Verständigung, aber auch durch seine Geschmeidigkeit in der Verhandlungsführung einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Pariser Besprechung geleistet. Erhard dagegen konnte sich nur widerwillig mit der Entscheidung für den institutionellen Weg abfinden. Er pochte immer wieder auf die Notwendigkeit einer liberalen, weltweiten Wirtschaftsordnung und warnte vor der Gefahr des Perfektionismus und der Bürokratisierung durch eine europäische Zollunion. Sein im folgenden abgedruckter Brief vom 16. November 1956 (Dok. 1) war wohl Ausdruck seiner Verärgerung und der Enttäuschung darüber, mit seiner Meinung im Kabinett nicht durchgedrungen zu sein. Dieser Brief und Etzels Antwort vom 3. Dezember 1956 (Dok. 2) schlossen eine intensive, persönliche Auseinandersetzung ab, sie waren aber zugleich auch ein öffentlicher Diskurs, der die unterschiedlichen Standpunkte nochmals und abschließend gegenüber dem Bundeskanzler und dem Außenminister bekunden sollte.

Dokument 1[73]

Bonn 11, am 16. November 1956

Herrn
Vizepräsidenten Franz Etzel
Luxemburg

Lieber Herr Etzel!

Wie mir Prof. Müller-Armack berichtete, und ich auch aus dritten Quellen hörte, verbreiten Sie die Auffassung, daß ich in der von uns und Herrn v. Brentano mit dem Herrn Bundeskanzler geführten Besprechung[74] „völlig umgefallen" sei bzw. „eine Schwenkung von 180° vollzogen" hätte.

---

[69] „Vorschlag für den Ablauf der Sitzung am Freitag, 2. 11. 65", in: BAK, N 1254, Bd. 84. Darin wird auch erwähnt, daß Etzel vom Bundeskanzler den Auftrag erhalten habe, mit der französischen Regierung Fühlung aufzunehmen. Inwieweit dieser Auftrag realisiert wurde, ließ sich nicht ermitteln.

[70] Fassungen in: PA AA, B 10, Bd. 913.

[71] Abschrift (o. D.), in: BAK, N 1254, Bd. 84 und N 1337, Bd. 643.

[72] Vgl. dazu Karl Carstens, Das Eingreifen Adenauers in die Europa-Verhandlungen im November 1956, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Repgen/Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976, S. 591–602, hier S. 598–601.

[73] Das Schreiben ist überliefert in: BAK, N 1254, Bd. 84; Nachlaß Ludwig Erhard, Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn, I. 4) 41; PA AA, Ministerbüro, Bd. 48. Es ist zitiert bei Brenke, Europakonzeption, S. 615; Küsters, Europapolitik, S. 211; Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann, S. 301. Erhard wie Etzel sandten Kopien ihrer Briefe an Adenauer, von Brentano und Hallstein; (Begleitschreiben in: PA AA, Ministerbüro, Bd. 48).

[74] Vgl. Anm. 67.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich darf dazu folgendes bemerken:
Der Herr Bundeskanzler selbst hat mir gegenüber den Wunsch geäußert und mir den Auftrag gegeben, ich möchte entgegen dem Brüsseler Papier eine neue, freizügigere und weniger perfektionistische Konzeption einer europäischen Zusammenarbeit überdenken und niederlegen. Das Ergebnis dieses Bemühens seitens des Wirtschaftsministeriums hat seinen Niederschlag in jener Denkschrift[75] gefunden, die Ihnen durch Prof. Müller-Armack übergeben wurde. Daß mir diese freiere Konzeption nicht nur sehr viel mehr zusagt, sondern daß ich sie als eine glücklichere und wirksamere Form einer europäischen Integration in Richtung eines Gemeinsamen Marktes erachte, kann Sie nicht überraschen. Wie auch in unserer Denkschrift zum Ausdruck kommt, befürchte ich, daß eine derartig verklausulierte, perfektionistisch abgestützte Zollunion keinerlei freiheitlichen Geist mehr atmet, sondern ihn ertötet, und daß diese Zollunion, die in einem geradezu gequälten Verfahren vielleicht einmal in 15 Jahren Wirklichkeit werden kann, für die Gegenwart keinerlei anziehende bzw. ausstrahlende Kraft, insbesondere auf unsere Jugend, besitzen kann. Hier wird ein wirklich großer und fruchtbarer Gedanke auf ein Niveau kleinlichen Krämergeistes herabgezogen.

Wenn in unserer gemeinsamen Besprechung mit dem Herrn Bundeskanzler dieser die Auffassung vertrat, daß selbst wenn der Plan des Wirtschaftsministeriums besser wäre, die Bundesrepublik es angesichts der Ereignisse in Ungarn und um Suez nicht verantworten könne, den Boden der Brüsseler Konzeption zu verlassen, so war ich selbstverständlich bereit, insoweit „die Richtlinien der von dem Herrn Bundeskanzler zu verantwortenden Politik" als verbindlich anzuerkennen und seinen Darlegungen auch aus politischer Einsicht heraus zuzustimmen[76]. Gleichwohl habe ich aber ohne Widerspruch der Beteiligten meine Auffassung dahin bekundet, daß der Gedanke der sogenannten „sozialen Harmonisierung"[77] als Voraussetzung eines gemeinsamen Marktes aus dem Vertragswerk verschwinden müßte, daß man des weiteren andere perfektionistische Festlegungen lockern und lieber bereit sein sollte, den Partnerländern – und das heißt insbesondere Frankreich – ein „Stillstehen" oder sogar einen „Rückzug" zu erleichtern, ohne damit aber die integrationswilligen Länder an einem weiteren Fortschreiten behindern zu können. Überdies bestand in dieser Besprechung Einmütigkeit darüber, daß versucht werden sollte, möglichst viele der in der Denkschrift des Bundeswirtschaftsministeriums enthaltenen Vorschläge in das Brüsseler Konzept einzuarbeiten.

Angesichts dieser Sachlage darf ich doch wohl feststellen, daß da von einem „Umfall" meinerseits oder von einer „180-gradigen Wendung" nicht gesprochen werden kann. Sie müssen denn sonst auch ein Gleiches von dem Herrn Bundeskanzler behaupten, auf dessen ausdrücklichen Wunsch und Vorstellung hin ich mich mit der Erarbeitung einer neuen Konzeption befaßte.

Was nun das unter Ihrem Vorsitz erarbeitete Papier zum Gemeinsamen Markt[78] betrifft, so nehme ich dazu die gleiche Haltung ein, wie sie von Prof. Müller-Armack auch dem Herrn Bundeskanzler gegenüber bekundet wurde. Vielleicht geht meine Reserve sogar noch etwas weiter, denn ich kann nicht verhehlen, daß ich die französischen Forderungen nach „sozialer Harmonisierung" als einer unabdingbaren Voraussetzung des Funktionie-

[75] Vgl. Anm. 62.
[76] Vgl. Anm. 41.
[77] Vgl. Anm. 53.
[78] Vgl. Anm. 70.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rens eines gemeinsamen Marktes als Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftswissenschaftler für baren volkswirtschaftlichen Unsinn halte und das zu beweisen auch gern bereit bin. Wenn diese These in einem Vertrag als verpflichtend verankert wird, dann wird sie nicht ohne Einfluß und Rückwirkung auf die Spielregeln des freien Weltmarktes bleiben. Das heißt mit anderen Worten, es wird in Zukunft jedes Land jeden Handelspartner diskriminieren können und dürfen, wenn es sich auf das Argument zu stützen vermag, daß ungleiche soziale Bedingungen sogar in einem von 6 Staaten feierlich unterzeichneten „Vertrag zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes" die Anwendung von Schutzklauseln – und diese bedeuten Diskriminierung – rechtfertigen. Da ungleiche soziale Bedingungen geradezu Wesensmerkmale einer internationalen Arbeitsteilung und einer freien Weltwirtschaft sind, wird die Anwendung des obigen Grundsatzes nicht zur Ausnahme, sondern zur Regel gehören. Beispielshalber darf ich anführen, daß wir dann etwa gegenüber den Vereinigten Staaten zu jeder Diskriminierung berechtigt wären.

Sie mögen meinen, daß meine Schlußfolgerungen vielleicht zu weit gezogen wären. Ich aber bin der Auffassung, daß ein solcher Vertrag bis in die letzten Konsequenzen zu durchdenken ist und daß derart schiefe Grundsätze die Welt nicht zu ordnen, sondern nur noch weiter zu verwirren geeignet sind.

Ich bin deshalb auch fest entschlossen, diesen Teil des Brüsseler Vertrages mit meiner Person und meinem Namen nicht zu decken, und das umso weniger, als die in Paris zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Französischen Außenministerium erarbeiteten Formulierungen[79] gegenüber den unter Ihrer Vermittlung getroffenen Festlegungen noch einmal eine so weitgehende Aufweichung bedeuten, daß der sachliche Inhalt völlig substanzlos geworden ist. Anstelle einer zielklaren Ausrichtung wird dort von „Meinungen" und „Auffassungen" gesprochen, die vielleicht keine strikte, formale Bindung bedeuten, aber in einem Vertragswerk doch einen Sinn haben bzw. zu einer Konsequenz führen müssen. Es würde zu weit führen, zu diesen Formulierungen im einzelnen in diesem Brief sachlich Stellung zu nehmen; ich werde das aber in den nächsten Tagen ganz bestimmt und sogar gründlich tun. Insbesondere aber lege ich schon um der geschichtlichen Dokumentation Wert auf die Feststellung, daß das Bundeswirtschaftsministerium an der Erarbeitung dieser Formeln nicht beteiligt war, und daß bis zu dieser Stunde auch kein Kabinettsbeschluß vorliegt, der sie deckt.

Persönlich bedaure ich es zudem ganz besonders, daß der Herr Bundeskanzler diesen volkswirtschaftlich völlig unmöglichen Formulierungen zugestimmt hat, die, wie ich in der Zwischenzeit erfahren habe, auch von anderen Ländern nicht akzeptiert werden. Und schließlich kann ich nicht darauf verzichten, immer wieder zu betonen, daß es in meinen Augen fast unverantwortlich ist, die Gestaltung dieses Vertrages in letzter Konsequenz allein den Außenministern zu überantworten, die, wie auch die Außenminister-Konferenz[80], an der teilzunehmen ich Gelegenheit hatte, deutlich erwies, als ressortfremde Minister die Materie gar nicht beherrschen können. Eine solche Aussage bedeutet umso weniger eine abwertende Kritik, als den Außenministern eine Fachkenntnis auf diesem Gebiet gar nicht zugemutet werden kann. Man sollte aber bedenken, daß mit diesem Vertragswerk für die beteiligten Völker die Weichen in die Zukunft gestellt werden und daß sich jede Oberflächlichkeit und jeder Fehler in der Konzeption tragisch rächen muß.

[79] Vgl. Anm. 72.
[80] Vgl. Anm. 61.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich weiß zwar, daß Sie mich für einen „schlechten Europäer" halten, und gerade in letzter Zeit ist mir wiederholt versichert worden, daß Sie das auch Dritten gegenüber des öfteren kundtun. Mich persönlich kann das allerdings nicht anfechten, weil ich es besser weiß, wie sehr mir an einer glücklichen Gestaltung Europas gelegen ist und wie sehr ich alles in meinen Kräften Stehende dazu beitragen möchte, dieses Ziel so bald als möglich zu erreichen. Das Europa, das Sie meinen, ist aber offenbar und leider nicht das gleiche, das mir vorschwebt. Ein Europa, das nicht in der Gläubigkeit der menschlichen Herzen lebt, das nicht als eine echte Schicksalsgemeinschaft empfunden wird, für das sich Opfer zu bringen lohnt, ein Europa, das nicht die Freiheit obenansetzt, sondern sie gängeln und bändigen möchte, und ein Europa schließlich, das nicht auch in seinen geistig-seelischen und politischen Konturen schon heute erkennbar wird, kann weder die Welt noch die europäischen Völker selbst bewegen. Ein bürokratisch manipuliertes Europa, das in den oben angezogenen Formulierungen mehr gegenseitiges Mißtrauen als Gemeinsamkeit atmet und in seiner ganzen Anlage materialistisch anmutet, bringt für Europa mehr Gefahren als Nutzen mit sich.

Ich habe Ihnen des öfteren erklärt, ja sogar beteuert, daß mir die Brüsseler Pläne nicht „zu viel", sondern „zu wenig" Europa bedeuten, und daß mir die Wegstrecke bis zur Verwirklichung nicht zu kurz, sondern viel zu lang erscheint. Ihre Erwiderung, daß mein Verhalten angesichts der starken Position Deutschlands gerade umgekehrt dahin ausgelegt wird, ich würde durch mein Drängen und mein Verlangen nach einer freien Ordnung anderen Ländern die Teilnahme erschweren und so den Europa-Gedanken sabotieren, kann ich wirklich nicht ernst nehmen. Wer ein Solches gesagt hat, muß sich von mir den Vorwurf einer geradezu rabulistischen Logik gefallen lassen.

Man denke nur daran, was aus Europa werden würde, wenn wir diese Idee mit ähnlichen Bleigewichten belasten wollten, wie das Frankreich in Permanenz tut. Wenn die Vertreter dieses Landes vor der Welt trotzdem in der Pose guter Europäer paradieren, mich aber zum schlechten Europäer stempeln wollen, so kann ich das vor der Geschichte nur als eine Groteske und als ein weiteres Zeugnis der geistigen Verirrung unserer Zeit kennzeichnen.

Ich bedaure sehr, lieber Herr Etzel, daß ich in solcher Weise einmal meinem „gepreßten Herzen" Luft machen muß, aber es ist für mich einfach unerträglich, gegenüber solcher Unwahrhaftigkeit noch länger zu schweigen. Ich kann gar nicht mehr darauf verzichten, vor der ganzen Öffentlichkeit – wenn auch selbstverständlich mit der geziemenden politischen Rücksichtnahme – meinen Standpunkt zu den europäischen Plänen und Ideen trotzdem völlig deutlich zu dokumentieren. Daß ich den Eindruck gewinnen mußte, Sie selbst haben durch mancherlei Verlautbarungen dazu beigetragen, mich in dieses schiefe, ja falsche Licht zu rücken, schmerzt mich besonders, denn ich habe es Ihnen gegenüber nie an einer aufrichtigen Loyalität fehlen lassen. Es sind so mannigfache abfällige Äußerungen Ihrerseits (wie etwa die, daß meine Politik Scharlatanerie sei) nicht nur zu meiner Kenntnis, sondern auch zu der meiner führenden Mitarbeiter gelangt, daß sie, wenn auch im einzelnen nicht exakt kontrollierbar, doch unmöglich aus der Luft gegriffen sein können. Wären wir beide schon zwanzig Jahre älter, dann würde der Ablauf der Ereignisse erwiesen haben, welche Auffassung die richtigere gewesen ist. So aber müssen wir wohl – mit- oder auch gegeneinander – um gute Lösungen ringen, aber ich glaubte annehmen zu dürfen, daß wir das eingedenk unserer engen Zusammenarbeit an gleichen Aufgaben und Zielen in Formen und in einem Geiste tun würden, der unser würdig ist. Ich billige keinem Menschen und keiner Instanz – und so auch nicht Luxemburg – das Recht zu,

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zensuren auszuteilen bzw. Urteile und Wertungen über gutes oder schlechtes Europäertum dieses oder jenes Politikers abzugeben.

Selbstverständlich bin ich wie immer gern bereit, mich mit Ihnen persönlich oder vor welchem Kreise auch immer über diesen Gegenstand zu unterhalten, und ich hoffe, daß Sie auch keine Einwände dagegen erheben, wenn ich Abschrift dieses Briefes sowohl dem Herrn Bundeskanzler wie auch Herrn Dr. v. Brentano übermittle.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
gez. Dr. Erhard

Dokument 2[81]

3. Dezember 1956

Lieber Herr Erhard!

Ich habe Ihren Brief vom 16. November 1956 einige Tage mit Aufmerksamkeit studiert. Ich möchte ihn heute, sachlich und ohne Leidenschaft, ehrlich und aufrichtig beantworten, weil es mir wichtig erscheint, daß die in der CDU verantwortlich herausgestellten Männer ihre Spannungen in ruhiger Auseinandersetzung austragen.

Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, die Sie ankündigen, dienen nicht dem politischen Ansehen aller Beteiligten; sie sind das geeignetste Mittel, unsere politische Basis zu zerstören. Das Publikum will eine konsequente Politik und eine disziplinierte Haltung, wenn es Vertrauen schenken soll. Es will aber nicht Gezänk, das mordend werden kann, wie es das Schicksal der FDP in den letzten Wahlgängen beweist.

Am Eingang möchte ich erklären, daß ich keine Auffassungen über Sie „verbreite" und Ihre Politik auch nicht als „Scharlatanerie" bezeichne. „Scharlatanerie" gehört nicht zu meinem Sprachschatz. Es scheint mir auch keine „Verbreitung von Auffassungen" zu sein, wenn ich mit einem Manne wie Herrn Professor Müller-Armack, den wir beide als Freund bezeichnen können, ein aufrichtiges Wort rede, wissend, daß er es Ihnen berichten wird.

Der Grund unserer Spannung liegt aber tiefer. Ich habe lange Jahre – seit Ihrem Wirken in Frankfurt/Main – zu Ihren aufrichtigsten und treuesten Freunden gehört. Es war ein öffentliches Geheimnis, daß Etzel zu Erhard stand und Sie selbst haben mir einmal zu Weihnachten geschrieben, daß unser gemeinsamer Weg einer der seltenen Fälle sei, wo man noch in reifen Jahren einen Freund gewänne. Ich habe diese Freundschaft sehr oft in die Tat umgesetzt.

Ich war daher stets besonders betroffen, wenn Sie entgegen einer gemeinsam verabredeten Linie Ihren Weg unbekümmert in eine andere Richtung weitergingen als unter uns verabredet war. Das geschah leider immer wieder. Ich will heute nicht auf die Fälle zu sprechen kommen, welche unsere allgemeine Wirtschaftspolitik betreffen – wir können uns gern darüber unterhalten –, ich will mich auf die europäische Politik beschränken, weil sie der Inhalt Ihres Schreibens ist.

[81] Schreiben in: Ludwig-Erhard-Stiftung, Nachlaß Erhard, I, 4) 41; PA AA, Ministerbüro, Bd. 48; BAK, N 1254, Bd. 84, dort auf den 3. 12. 1956 datiert.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Ich erinnere Sie an die Zeit, da die Schuman-Erklärung[82] abgegeben wurde. Sie haben den damals vom Herrn Bundeskanzler eingeschlagenen Weg einer supranationalen europäischen Teilintegration bejaht und wir haben beide in derselben Richtung gearbeitet. Auf Ihren Rat und mit Ihrem Willen ging ich nach Luxemburg.

In der Folge mußte ich in Ihren Reden immer wieder feststellen, daß Sie den durch eine supranationale Lösung eingeschlagenen Weg nach Europa in Zweifel zogen. Unmittelbar mußte ich Ihr persönliches Desinteresse an diesem Weg darin feststellen, daß Sie sehr selten und zuletzt immer seltener im Ministerrat erschienen.

Ich habe lange Zeit nicht glauben wollen, daß die im In- und Ausland immer mehr verbreitete Auffassung, Sie wollten die vom Herrn Bundeskanzler eingeschlagene Europa-Politik im Grunde nicht mehr, richtig sei. Sie entstand nicht durch mein Dazutun, sondern durch Ihre Reden, welche immer wieder negative Kritiken an der von der Bundesregierung eingeschlagenen Europa-Politik durchscheinen ließen. Seit Jahren hört man immer wieder in der Öffentlichkeit: „Herr Minister Erhard ist gegen Europa". Noch vor einigen Tagen sagte mir ein internationaler Journalist: „Herr Erhard will kein durch Institutionen zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik zusammengefaßtes Europa. Er will lediglich eine lose europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit nach Art der OEEC und damit weicht er anscheinend von dem 1950 eingeschlagenen Weg ab. Hier setzt das Mißtrauen der europäischen Völker gegen seine Europa-Politik ein."

Sie wissen, in wieviel ungezählten Unterredungen ich mit Ihnen über diese Dinge gesprochen und gerungen habe. Immer wieder haben Sie mir versichert, daß ein großer Teil der Ihnen zugesprochenen Gedanken unrichtig sei, und ich habe Ihnen dies bis in die jüngste Zeit auch dann noch geglaubt, als ich diesen Glauben fast nirgendwo mehr loswerden konnte. Man hat sehr oft mitleidig über mich gelächelt, wenn ich Sie verteidigte. Das ist schon jahrelang so und war auch schon so, bevor die Franzosen in Brüssel ein Sonderstatut verlangten, welches jetzt für Sie der Anlaß ist, nicht mehr mittun zu wollen.

Sie sehen aus dieser zeitlichen Entwicklung, wie falsch es ist, zu meinen, ich hätte zu dem Eindruck Ihrer mangelnden Europafreundlichkeit beigetragen.

II.

Zu einem gewissen Zeitpunkt haben Sie die Teilintegration und die supranationale institutionelle Lösung in Ihren Reden immer wieder attackiert. Hierüber gab es lange Auseinandersetzungen. Das Ergebnis war die Besprechung in Eicherscheid (Teilnehmer: Sie, Westrick, Müller-Armack, Rust, von der Groeben, von Brentano, Ophüls, Regul und ich) und das sogenannte Eicherscheider Papier[83]. Die weitere „Teil"integration wurde darin aufgegeben – mit Ausnahme von Euratom – und die institutionellen Befugnisse gemeinsamer Einrichtungen stark eingeschränkt. Das Eicherscheider Papier wurde deutscher Regierungsvorschlag für Messina und ein entscheidender Baustein für die Beschlüsse von Messina.

---

[82] Am 9.5. 1950 hatte der französische Außenminister Robert Schuman den Plan zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bekannt gegeben. Text der Verlautbarung, in: Europa-Archiv 5 (1950), S. 3091.

[83] Vgl. Anm. 29.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich war daher sehr erstaunt, in Ihrem „Entwurf eines europäischen Programms" zu lesen:

> „Bereits bei der Konferenz in Rom und Messina sind Grundsatzentscheidungen erfolgt, die seither die Arbeiten belasten; Grundsatzentscheidungen, die darum heute neu überdacht werden sollten, nachdem so deutlich sichtbar geworden ist, welche Komplizierung sie für die europäische Integration bedeuten."

Da diese Grundsatzentscheidungen im wesentlich von Ihnen mit beeinflußt waren, verstehe ich Ihr heutiges Urteil nicht, daß sie die Brüsseler Arbeiten belasten und eine Komplizierung für die europäische Integration bedeuten. Wäre das wirklich der Fall – ich bestreite es –, hätten Sie eine volle Verantwortung für diesen Weg ebenso wie wir alle.

III.

Das Ergebnis von Messina war der Brüsseler Bericht[84]. In Venedig[85] wurde er als geeignete Verhandlungsgrundlage für eine Regierungskonferenz bezeichnet. Sie sind Mitglied einer der dieses beschließenden Regierungen und ich habe nie gehört, daß die Bundesregierung ihre Zustimmung in Venedig gegen Ihren Widerspruch abgegeben hätte. Wir beide aber haben seinerzeit über die Zusammensetzung der deutschen Delegation gesprochen, und Sie waren dabei durchaus damit einverstanden, daß auf der Basis des Brüsseler Berichtes verhandelt werde. Jetzt kritisieren Sie die Tatsache, daß der Brüsseler Bericht nur den einzigen Gedanken eines über eine Zollunion zu schaffenden gemeinsamen Marktes entwickelt habe.

Ich meine, daß die Grundsatzfrage, auf welchem Wege der gemeinsame Markt geschaffen wird, von solch entscheidender Bedeutung ist, daß man nicht sechzehn Monate den Gedanken einer Zollunion mit verhandeln kann, um dann zu entdecken, daß dieser Weg im Grunde nicht richtig sei. Sie müssen es ganz einfach dieser Tatsache zuschreiben, wenn Ihre Verhandlungspartner aus einer solchen grundsätzlichen Änderung einer Stellungnahme nur die Konsequenz ziehen, daß Sie den gemeinsamen Markt von Anfang an überhaupt nicht gewollt haben, weil sich bei dem Ansehen, das Sie genießen, niemand vorstellen kann, daß man mit fünf Regierungen sechzehn Monate lang auf einem gemeinsamen Weg fortschreitet, um dann zu erklären, daß ja dieser Weg – und nicht etwa nur die französischen Sonderwünsche – falsch sei.

IV.

Nun werden Sie einwenden, wenn schon der Brüsseler Bericht, dann ist er durch das weitere Verhandlungsergebnis entscheidend geändert worden.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß Sie an den Verhandlungsergebnissen „gemeinsamer Markt" durch Ihr Haus führend beteiligt waren. Ich schließe aber nun aus Ihren Zeilen auf Seite 2 des Briefes vom 16. November,

> „so war ich selbstverständlich bereit, insoweit ‚die Richtlinien der von dem Herrn Bundeskanzler zu verantwortenden Politik' als verbindlich anzuerkennen und seinen Darlegungen auch aus politischer Einsicht heraus zuzustimmen",

---

[84] Vgl. Anm. 43.
[85] Vgl. Anm. 44.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß Sie den in Ihrem Entwurf eines europäischen Programms gemachten neuen Vorschlag einer anderen, die Brüsseler Konzeption abändernden europäischen Konzeption aufgegeben haben und den Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers aus politischer Einsicht heraus zustimmen. Ich darf Ihnen sagen, daß ich sehr froh darüber bin. Wenn Sie sich entschieden haben, „aus politischen Gründen" zuzustimmen, dann war dies offensichtlich der übergeordnete Gesichtspunkt. Dann ist es aber unmöglich, daß Sie, nachdem Sie diese Entscheidung getroffen haben, in der Öffentlichkeit dagegen Stellung nehmen. Hier wird der Bruch in Ihrer Haltung offenbar. Wenn Ihnen Ihre wirtschaftlichen Einwände aber überwältigend erscheinen, dann hätten Sie niemals „aus politischen Gründen" zustimmen dürfen.

Aus diesem Bruch heraus machen Sie jetzt offensichtlich erneut Reserven gegen das Verhandlungsergebnis von Brüssel und von Paris geltend.

a) Zuerst melden Sie eine Reserve gegen das unter meinem Vorsitz erarbeitete Papier zum gemeinsamen Markt an. Die von Herrn Müller-Armack gemachte Reserve hieß: „Ich finde diese Lösung nicht schön, aber immerhin. Was Herr Minister Erhard sagen wird, weiß ich nicht." Aus Herrn Müller-Armacks Erklärung haben wir wohl alle geschlossen, daß er, wenn auch mit Unlust, zustimme.
Ihre eigene Reserve geht, wie Sie sagen, weiter. Sie begründen das mit dem wirtschaftlichen Unsinn einer jeden „sozialen Harmonisierung" als Voraussetzung des Funktionierens eines gemeinsamen Marktes. Einverstanden!
Aber das Verlangen der Franzosen nach solcher sozialen Harmonisierung ist ja faktisch aufgegeben und jetzt tun Sie so, als ob es noch ernsthaft bestünde. Die Franzosen hatten unter diesem Punkt insgesamt vier Anliegen geltend gemacht. Auf das Verlangen nach gleichen Löhnen hatten sie bereits vor der Außenministerkonferenz von Paris verzichtet. In den beiden Fragen der Gleichheit bei Männer- und Frauenlöhnen und der bezahlten Ferien hatten Sie bereits in Paris einem Kompromiß zugestimmt (weil unwesentlich) und die letzte Frage der Arbeitszeit ist in der Konferenz der Regierungschefs in Paris derartig bagatellisiert, daß sie keine wirtschaftliche Gefahr mehr bedeutet. Es gibt ja außer uns Deutschen noch andere, genau so fortschrittlich eingestellte Völker; ich nenne die Holländer und die Belgier. Sie empfinden das französische Verlangen nach sozialer Harmonisierung als Voraussetzung für einen gemeinsamen Markt genau so unsinnig wie Sie. Aber beide Delegationen haben schon in der Pariser Außenministerkonferenz dem französischen Vorschlag der Arbeitszeitfrage zugestimmt, weil sie zu einer Bagatelle zusammengeschrumpft ist (48 Stunden in vier Jahren so bezahlen wie 50 Stunden). Ich habe eine viel zu große Hochachtung vor Ihrer Klugheit, um nicht zu wissen, daß Sie die wirtschaftliche Problematik einer solchen Harmonisierung genau so beurteilen wie ich. Wenn Sie aber das Ganze wegen des vorstehend dargestellten „Nichts" immer noch in der Öffentlichkeit angreifen, wie Sie es in Ihrem Brief androhen und wie Sie es am 19. November[86] in dem Bonner Presse-Club bereits getan haben, bleibt doch nur die eine Schlußfolgerung, daß im Grunde genommen es nicht dieses „Nichts" ist, sondern daß Sie in Wirklichkeit trotz allem das Ganze nicht wollen.

[86] Erhard hatte sich zu der durch die Suez-Krise verschärften Versorgungslage für Mineralöl geäußert und staatliche Lenkungsmaßnahmen sowie einen europäischen Versorgungspool abgelehnt; Presseausschnitte in: BAK, B 102/8953, Heft 4).

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b) Auf Seite 3 Ihres Briefes sagen Sie, daß Sie nicht wüßten, wie man die Anwendung von Schutzklauseln rechtfertigen solle, denn diese bedeuten Diskriminierung. Auf Seite 2 im gleichen Brief weisen Sie aber darauf hin, Sie hätten dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen,
„den Partnerländern – d. h. insbesondere Frankreich – ein
‚Stillstehen' oder sogar einen ‚Rückzug' zu erleichtern."
Wie soll man diesen Widerspruch verstehen, denn Stillstehen oder Rückzug bedeuten ja doch wohl Schutzklauseln?!

c) Das dritte Bedenken, daß Sie die Brüsseler Konzeption aus politischen Gründen dennoch nicht akzeptieren, ist die Tatsache Ihres Briefes mit all seinen Begründungen. Lesen Sie doch bitte den Brief jetzt, nachdem Sie Abstand gewonnen haben, noch einmal. Das ist doch der Brief eines Mannes, der diese Brüsseler Konzeption nicht will, der die bisherigen sechzehn Monate gemeinsamer Arbeit verneint und sich gegen ihre Ergebnisse aufbäumt.

V.

Und hier sind wir beim letzten.

Sie fragen mich, ob ich Sie für einen schlechten Europäer halte?

Sie meinen, mein Europa sei nicht Ihr Europa, weil mein Europa nicht in der Gläubigkeit der menschlichen Herzen lebe. Ich frage daher: „Was wollen denn Sie tun?" Ich bin so nüchtern, die Antwort auf Ihrem Entwurf eines europäischen Programms heraus zu entwickeln.

Auf Seite 11/12 schlagen Sie vor:

„einen Ministerrat der Montanunionsländer, bestehend aus Außen- und Wirtschaftsministern, zu einer permanenten Institution zu erklären."

Sie wollen also einen Ministerrat der Sechs.

Weiter schreiben Sie:

„Es wäre gefährlich, jede Entscheidung .... an den vorherigen komplizierten Nachweis positiver Zuständigkeit zu binden;
... permanenten politischen Institutionen ... soll der Auftrag erteilt werden, europäisches solidarisches Handeln zu ermöglichen;
... es dürfte verfrüht sein, schon heute konkrete Vorschläge für eine europäische Institution vorzulegen;
... dem einstimmig beschließenden Ministerrat ... könnte eine europäische Kommission beigegeben werden."

Sie wollen also einen Ministerrat der Sechs, der keine positiven Zuständigkeiten hat, der einstimmig beschließen muß und dem eine europäische Kommission beigegeben wird! Haben wir nicht etwas Ähnliches schon im Straßburger Europarat? Auch hier hat der Ministerrat keine positiven Zuständigkeiten und muß einstimmig beschließen. Wo ist nun aber die Gläubigkeit der Herzen geblieben, die bei den europäischen Völkern unstreitig gegenüber dem Europarat einmal da war, eine Gläubigkeit, die verloren ging, weil sein dem Einstimmigkeitsprinzip unterstehender Ministerrat mangels positiver Zuständigkeit nichts schaffen konnte? Hat er letztlich wegen seiner Ohnmacht nicht viel mehr Glauben an Europa zerstört als geschaffen? Und leidet der Europarat nicht gerade darunter, daß er das Prinzip praktiziert, das Sie jetzt wieder empfehlen, das Prinzip der Einstimmigkeit?

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber weiter: Auf Seite 13 Ihres vorläufigen Programms geben auch Sie dem Gedanken Ausdruck, daß der derzeitige Schwerpunkt der europäischen Integration das wirtschaftliche Programm bleiben müsse. Sie akzeptieren also die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Lösung solange wir das politische Europa noch nicht bauen können, und zwar sicherlich auch eine wirtschaftliche Lösung als Vorbereitung für die spätere politische. Diese Lösung müßte nach Ihrer Meinung aber ja wohl eine solche sein, die gläubige Herzen fesselt. Und so entsteht die Frage, was Sie denn hier vorschlagen!

Auf Seite 13 sagen Sie, nachdem ein Vertrauen, im Kreise der Sechs zu einer schnellen Lösung zu gelangen, nicht mehr bestünde, sollten die Brüsseler Verhandlungen in klarer Verbindung mit der OEEC geführt werden. Sie schlagen anstelle der Zollunion eine Freihandelszone vor, der in erster Linie die Montanunionsländer und darüber hinaus möglichst viele oder sogar alle Länder der OEEC beitreten sollten. Auf Seite 12 wird dieser Vorschlag dahin ergänzt, daß bei erwiesener Bereitschaft der OEEC-Staaten, einer Freihandelszone beizutreten, die beiden Organisationen der OEEC und der Montanunionsländer zusammengelegt werden sollen.

In der Öffentlichkeit ist immer schon behauptet worden, der Professor Erhard wolle im Grunde genommen nichts anderes als eine Zusammenarbeit, wie sie in der OEEC bereits besteht, und ich meine, daß die vorher zitierten Stellen das jetzt in aller Deutlichkeit klarlegen. Sind Sie wirklich der Auffassung, mit einem solchen Vorschlag gläubige Herzen begeistern zu können? Die OEEC besteht seit langen Jahren und sie hat, weiß Gott, Gutes gewirkt. Es ist aber ein öffentliches Geheimnis aller Eingeweihten, daß sie seit vier Jahren keine wesentlichen Fortschritte mehr erzielt hat, und daß ihre Schwierigkeiten dort beginnen, wo eine Liberalisierung des Warenverkehrs in Wirklichkeit interessant geworden wäre. Die OEEC ist kein weiterer Weg für eine europäische Integration, wobei ich aber zum Ausdruck bringen will, daß sie selbstverständlich erhalten bleiben muß. Also auch hier vermag ich nichts Zündendes und nichts Neues zu entdecken.

Wenn schon der Schwerpunkt der zukünftigen Integrationsarbeit ein wirtschaftliches Programm sein muß, dann kann ich nur sagen, daß Ihre Vorstellung von einer weiteren europäischen Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet nichts Neues enthält, es sei denn, daß man den bisher befolgten Weg europäischer Integrationsvorstellungen bewußt verneint und aufgibt und wieder dort anknüpft, wo die europäische Arbeit praktisch nicht weitergekommen ist, ich meine im Europarat und in der OEEC.

Es trifft zu, daß Sie weiterhin Vorschläge auf kulturellem Gebiet machen. Sie sind hundertprozentig zu akzeptieren und stehen nirgendwo im Gegensatz zu den in Brüssel erarbeiteten Vorstellungen.

Das Ziel einer politischen Integration wird von mir so glühend ersehnt wie von Ihnen. Sie wissen aber wie ich, daß der Weg einer politischen Gemeinschaft, den der sogenannte Brentano-Ausschuß weitgehend entwickelt hat, z. Zt. nicht realisierbar ist.

Ich möchte aber auf ein Weiteres hinweisen:

Zu den bemerkenswertesten Tatsachen der jüngsten Vergangenheit für eine gemeinsame europäische Arbeit gehört der Vorschlag des englischen Ministers Macmillan auf Schaffung einer Freihandelszone[87]. Der Gedanke einer Freihandelszone ist in England entstanden nicht zuerst aus europäischer Begeisterung, sondern aus dem Zwang, sich dem gemeinsamen Markt der Sechs anschließen zu müssen, wenn Großbritannien nicht isoliert

[87] Vgl. Anm. 55.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden soll. Im „Economist" war dieser Tatbestand am 27. Oktober in einem großen Aufsatz unter der Überschrift „der gezwungene Freier" schonungslos dargestellt. Ich habe diesen Tatbestand mit Ihnen in Ihrem Büro in einer langen Unterredung besprochen und Sie haben mir am Ende versichert, daß Sie nach einer Diskussion in einer vorhergehenden Kabinettsitzung und nach unserer Unterredung jetzt auch davon überzeugt seien, daß Großbritannien nur mitmachen werde, wenn die sechs Länder der Montanunion einen gemeinsamen Markt auf der Linie der Zollunion entwickeln.

In Ihrem Entwurf eines „europäischen Programms" schreiben Sie jetzt zu diesem Tatbestand folgendes:

> „Die Bereitschaft Englands an einer Freihandelszone mitzuwirken, ist so ausdrücklich erklärt worden, daß sie auch dann schwer zurückgenommen werden kann, wenn man sich entschließen sollte, der Brüsseler Arbeit eine andere Richtung zu geben."

Ich versichere Sie, daß Sie sich hier irren und daß diese Behauptung falsch ist. Ich war in der vergangenen Woche im Rahmen einer Sitzung des Assoziationsrates einige Tage in London und habe mit vielen maßgeblichen Engländern gesprochen. Ich war überrascht, wie sehr in dem halben Jahr, da ich nicht mehr in London war, die englische Haltung gegenüber einem gemeinsamen Europa sich verändert hat und wie positiv England zu unseren Brüsseler Arbeiten steht. Es war aber einheitliche Meinung, daß England nur mitmachen würde, wenn Europa zunächst einen wirklichen Schritt nach einem gemeinsamen Markt tut. Ich habe Herrn Thorneycraft gefragt, ob England sich mit einem nur aus Freihandelszonen bestehenden Europa auch verbinden würde, d.h. ob es auch mitmachen würde, wenn Europa keinen durch eine Zollunion bestimmten gemeinsamen Markt bilde. Herr Thorneycraft hat diese Frage glatt verneint. Alle Menschen, die die englische Situation kennen, wissen das. Ich war daher sehr betroffen, jetzt in Ihrem Programm zu lesen, daß „England gar nicht mehr anders könne, als auch dann mitzumachen, wenn der Brüsseler Arbeit eine andere Richtung gegeben werde", nachdem Sie mir kurz vorher noch gesagt hatten, auch Sie seien jetzt davon überzeugt, daß England nur über einen echten gemeinsamen Markt mitmache.

Sie befinden sich mit dieser Auffassung in einem Irrtum und werden dieselbe Enttäuschung erleben, die Sie vor einem Jahr erfuhren, als Sie den Engländern die Bereitschaft zu einer Neubewertung des Pfundes unterstellten. Es wäre derselbe Irrtum, dem Sie erlagen, als Sie an die baldige Bereitschaft der Engländer zur Konvertibilität der Währung glaubten. Das Ergebnis wäre eine Enttäuschung, die für Europa tödlich werden müßte.

Gläubigkeit der Herzen ja, aber Gläubigkeit, die sich aufrichtet an konkreten Tatsachen. Der von Ihnen vorgeschlagene Weg ist schon deswegen keine konkrete Tatsache, weil er mit Sicherheit von den Benelux-Staaten nicht akzeptiert werden würde.

Kommen wir also zurück zu der Frage, ob ich Sie für einen Europäer halte. Ich kann nur mit der Nüchternheit, zu der ich mich hier zwinge, antworten, daß Sie sicher glauben, Sie seien Europäer, aber ...; und auf dieses Aber kommt es an.

Der mit der Montanunion begonnene und im Brüsseler Bericht sehr vorsichtig und zurückhaltend fortgesetzte Weg zeichnet sich dadurch aus, die schwierigen wirtschaftlichen Fragen real und nüchtern, mit Geduld und sich Zeit lassend anzufassen. Das mag nicht immer populär sein, das mag manchmal nicht sehr viel Werbekraft haben. Aber schließlich hat es sich doch langsam im Bewußtsein der europäischen Menschen festgesetzt, daß die Montanunion der erste wirkliche Schritt zu einem gemeinsamen Markt der europäischen Völker und damit zu einer echten Gemeinschaft geworden ist.

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich glaube, daß mein Europa real und nüchtern ist und einen Erfolg garantiert, auf dem eines Tages das politische Europa geschaffen werden kann. Ich glaube, verzeihen Sie mir die Offenheit, daß Ihr Europa lediglich eine Realisierung europäischer internationaler Zusammenarbeit sein wird und nicht mehr. Und letzteres ist mir zu wenig, und darum will ich mehr Europa und Sie wollen weniger Europa. Und ich glaube auch, verzeihen Sie mir das am Schluß, daß mein Europa weniger perfektionistisch ist als das Ihre, denn Ihr Europa träumt von einer perfektionistischen ökonomischen Lösung, die in der Politik, die ja die Kunst des Möglichen ist, mit einem Tage leider nicht durchgesetzt werden kann.

Sie machen den Vorschlag, mich mit Ihnen über diesen Gegenstand zu unterhalten. Ich greife ihn gern auf, denn ich meine, Europa ist so wichtig, daß jeder von uns verpflichtet ist, im Ringen um den anderen nicht nachzulassen und das Einigende zu suchen. Machen Sie mir bitte einen Vorschlag, wann und wo diese Unterhaltung stattfinden soll.

Da Sie eine Abschrift Ihres Briefes dem Bundeskanzler und Herrn von Brentano übermittelten, erlaube ich mir, das gleiche zu tun.

Mit freundlichen Grüßen bin ich
Ihr

gez. Unterschrift

Jahrgang 45 (1997), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte